

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Mittwoch, den 15. Dezember 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Notizen-
seite oder deren Raum 40 Pf., für
Berichts- und Besammlungs-Anzeigen,

Zersprecher: Amt 1, Nr. 1808.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Stillstand
in der Arbeiterversicherung.

Der Zentralverband deutscher Industrieller
hat soeben dem Bundesrath eine Denkschrift über die Unfall-
versicherung überreicht, in der er den verbündeten Regierungen
folgende Maximschordte vorschreibt:

Solange die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstages
fortbesteht, sei „gänzlich auf den Versuch zu verzichten, Mängel
zu beseitigen.“

Der Zentralverband muß zwar ausdrücklich anerkennen,
„daß einige Bestimmungen des bestehenden Gesetzes beanstandet
und demgemäß verbessert werden könnten“. Er habe jedoch —
heißt es in der Denkschrift — „weiter erkennen müssen, daß
jeder dahin zielende Versuch von der Sozialdemokratie
und den in dieser Beziehung und in Feind-
seligkeit gegen die Betriebsunternehmer gleich
oder ähnlich gesinnten Parteien dazu benutzt worden
ist und wohl auch künftig benutzt werden wird, um das
ganze Gesetz in seinen grundlegenden Bestimmungen und
in einer weit über die Absichten der Regierung
hinausgehenden Weise zu ändern. Von dem Zentral-
verbande aber werden solche Änderungen als gründliche
Verschlechterungen des Gesetzes und als eine Gefährdung des
Bestandes der Unfallversicherung erachtet“. Selbst in den
schüchternen Besserungsversuchen der Zentrumsvertreter
und einiger aus der Art geschlagener Großunternehmer
sieht also die Klassenkampforientation der Eisen- und Baum-
woollkönige nichts wie giftigen Haß gegen die gottgewollte
Alleinherrschaft des Kapitals. Und weil nicht alle Men-
dungen nach dem Willen des Zentralverbandes erfolgen,
so lehnt er jede Aenderung ab. Sic volo, sic jubeo. Des
Königs Stumm Willen sei in Deutschland das oberste Gesetz.

Die Entscheidung liegt nunmehr einzig und allein bei den
Regierungen, da der Reichstag, noch dazu in einer verhältniß-
mäßig kurzen Session, keine Lust haben wird, die Sisyphusarbeit des
Vorjahres aus eigener Initiative zu wiederholen. Versagt jetzt die
Regierung, nach dem Wunsche des Zentralverbandes, auf diesem
Gebiete vollständig, so haben wir eine wirkliche Bestätigung
mehr, wer heute den Wind in unseren oberen Regionen macht.
Kurz vor den Wahlen sind solche Klarstellungen immer erfreu-
lich und willkommen.

Wir haben dann ferner die schlagendste Widerlegung der
biedermännischen Beruhigungssphäre, daß man in der Sozial-
reform nur bremse, um der miserablen Polizei nicht überall
die Fägel in die Hände gleiten zu lassen. Wir haben bereits
darauf hingewiesen, daß solche Redewendungen, von konser-
vativer Seite gebraucht, im heutigen Preußen-Deutschland
ebenso hüfällig wie unangebracht sind. Sie sind im Munde
des Grafen Posadowsky, des Ministerkollegen des Freiherrn
v. B. Rede, nicht einmal originell: sie tragen alleamt den
Stempel und das Gepräge des Königs von Neunkirch. „Ich
bin der Ansicht — befahl Herr v. Stumm im Vorjahre — daß
wir auf dem gefährlichen Boden nicht zu weit gehen dürfen,
die Polizei in alle möglichen Dinge hineinreden zu lassen, die
eigentlich nicht zu ihrer Aufgabe gehören, und daß wir da-
durch aus dem Rechtsstaat, der früher von der liberalen und
noch mehr von der radikalen Partei immer als Schildbrett
aufgestellt wurde, einen Polizeistaat machen.“ Dieses
Räuspern und Spunden hat sich der neue Reichspräsident
ja zufriedenstellend angeeignet. Aber bei den Arbeiterverfiche-
rungsreformen handelt es sich nirgends um die „Polizei“,
sondern lediglich um etwas ganz Anderes, nämlich: Das Unter-
nehmerthum will auch nicht das allermindeste Opfer bringen!
Wenn das „gute Herz“ vorhanden wäre, so kämen die radikalen
Bedenken der konservativen Herren gegen die Polizeiwirtschaft
hier überhaupt nicht in Frage. Mit welchem Eifer sie die
Gelegenheit beim Schopfe nehmen werden!

Die vorjährige Reichstagskommission hat bei der Be-
rathung des schüchternen Reformentwurfes der Regierungen
zwei Kapitalverbrechen zu begehen versucht.

Sie hat einmal die Karenzzett von dreizehn auf
vier Wochen herabsetzen wollen, so daß also vom Beginn
der fünften Woche ab die Kosten des Heilverfahrens, soweit
dasselbe noch nicht beendet sein würde, von den Krankenkassen
(hauptsächlich der Arbeiter) auf die Berufsgenossenschaften (der
Unternehmer) übergehen und schon von demselben Zeitpunkt
anstatt der Krankengelder, gleich dem halben Lohn, die Unfall-
renten gezahlt werden sollten — nicht erst vom Beginn der
vierzehnten Woche ab. Ein Mitglied der Kommission be-
rechnete die Summe, welche nach seinen Vorschlägen
seitens der Unternehmer-Verufsgenossenschaften an die
Arbeiter-Krankenkassen zur Erstattung gelangen würde, auf
eine Mark pro Fall und Tag, was bei 33 000 entschädigungs-
pflichtigen Unfällen und bei 63 Tagen einen Betrag von 1,8
bis 2 Millionen Mark ergeben würde — eine Lappalie gegen-
über einer Unfalllast, die heute 60 Millionen beträgt und
demnächst im Beharrungsstunde mehr als 150 Millionen be-
tragen wird. Die Angelegenheit berührt, wie man sieht, nur
den Geldbeutel, nicht die polizeiwidrige Bestimmung unserer
Unternehmer. Und dennoch, oder gerade darum dieses Ge-
schrei der Staatserhaltenden?

Die Reichstags-Kommission hat ferner in den Schieds-
gerichten das berufliche Prinzip durchbrochen, so daß zur Ent-
scheidung von Streitigkeiten nicht mehr lediglich Vertreter des-
selben Berufs als Beisitzer beigezogen werden sollten, sondern
irgendwelche dem Be z i r k angehörige Arbeitgeber und Arbeiter.

Auch das war keine Steigerung des Polizeieingreifens, sondern
lediglich ein kleiner Schritt zur engeren Verbindung von
Unfall- und Invaliditätswesen. Die vermögenden Großunter-
nehmer empfanden es jedoch als Untergrabung der Allein-
herrschaft ihrer Berufsgenossenschafts-Organisation, deren Werth
— freilich für Zwecke, die außerhalb der Arbeiterversicherung
liegen — sie von jeher zu schätzen gewußt haben.

Um des ein wenig bedrohten Geldsacks und Einflusses
willen verlangt also jetzt der Zentralverband, daß die
Regierung auf die Erledigung auch der dringendensten
Reformen verzichte, daß sie den Hilferuf tausender
von verunglückten armen Arbeitern und kleinen Leuten über-
hören und den herrischen Weisungen des Großkapitals folgen
solle. Was brauchen sich auch die Trohnen vom Zentral-
verband zu kümmern um die 10 000 Seefischer und Inhaber
von kleinen Segelfahrzeugen, für die der Regierungsentwurf
von 1896 die Ausdehnung der Unfallversicherung „wegen der
hohen Unfallgefahr besonders dringlich“ nannte? Was kümmern
sie die Tischler, Schlosser, Maler, Glaser, Klempner in den
kleinen Werkstätten, wenn sie bei einer anderen Thätigkeit wie
der versicherungspflichtigen Bauarbeit zum Krüppel werden?
Was sollen sich die gnädigen Herren sorgen, daß ihre Kutscher,
wenn sie nicht im Geschäft, sondern bei Spazierfahrten den Hals
brechen, heute noch unversichert sind? Ist ihre Existenz
etwa weniger eine gesättigte, wenn die Handelsgehilfen und
sonstigen Angestellten im Handelsgewerbe beim Lagern und
Paden, beim Fahren mit einem Fehlgriß oder Fehltreitt sich
die sichere Anwartschaft auf ein ewiges Hungerleben für sich
und die Ihrigen verdienen? Kommerzienrathstöchter werden
ja nicht Diensthoten und Millionärsöhne nicht kleine Hand-
werker. Man kann also das noch unversicherte Glend sich
weiter abzappeln lassen und jede Reform in ungestörter
Verdanungsruhe als bloße Geld- und Machtfrage für das
große Kapital behandeln.

Man rechuet hierbei offenbar damit, daß die heutige Re-
gierung den Annahmen des Großkapitals gegenüber noch
schwächer sei wie die vorangegangene. Die vorjährigen Ver-
sicherungsentwürfe zeigten gegenüber den ersten Plänen des
Reichsamtes des Innern und des Reichs-Versicherungsamtes
bereits ein hilfloses Zurückweichen vor den verdrossenen Unter-
nehmerklagen über zu hohe Belastung durch die Sozialreform.
Jetzt befiehlt der Zentralverband, die Regierung habe „gänzlich
auf den Versuch zu verzichten, Mängel zu beseitigen“. Und
die Regierung läßt durch den Grafen v. Posadowsky im Reichs-
tag erklären, daß sie bereit sei, dem Befehle nachzukommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 14. Dezember.

Aus dem Reichstage. Man merkt es dem Reichstage
an, daß die Legislaturperiode ihrem Ende entgegengeht und
die Neuwahlen vor der Thüre stehen. Die Redner aller
Parteien haben das Bedürfnis, Programmreden zum Fenster
hinaus zu halten.

Besonders heute trat dieses Bedürfnis sichtbar hervor.
Den Anfang machte Herr Rickert, der volle ander-
halb Stunden sprach und zwar zum guten Theile in einem so
agitorischen Tone, als wenn er sich in einer Versammlung
des Bauernvereins Nord-Ost befände. Herr Rickert hat von
jeher zu den Flottenschwärmern gehört, und so konnte es auch
nicht überraschen, daß er sich heute als ein Anhänger der
Flottenvorlage bekannte. Von ihm hat niemand eine andere
Stellung erwartet. Am Schlusse seiner Ausführungen
belagte der Vertreter Danjigs den Zwiespalt in der
liberalen Partei; er gab deutlich zu verstehen, daß ihm
diese Fäulerei die Lust am Parlamente verleiden. Sollte
Herr Rickert die Wege seines früheren Fraktionsgenossen Bam-
berger zu wandeln gedenken?

Der Kriegsminister v. S o l l e r nahm aus einigen Aeuße-
rungen Rickert's den Anlaß, um sich über etwaige Aende-
rungen in der Heeresorganisation nach dem Ablauf
des Quinquennats zu äußern. Danach liegt zur Zeit
die Absicht, an der zweijährigen Dienstzeit zu ändern,
nicht vor. Sicher aber werde man zu dem
Verlangen nach Vermehrung der Feld-
Artillerie kommen. Neben den erhöhten Flotten-
ausgaben also eine wesentliche Steigerung der Kosten für das
Landheer. Wir haben's ja!

Namens der Nationalliberalen betrat nun Herr Professor
Paasche die Tribüne. Von allen Rednern des Hauses dürfte
wohl dieser am wenigsten den Eindruck machen, daß er an
das, was er sagt, auch glaubt. Unglaublich wort-
gewandt und auch nicht ohne Sachkunde verfügt Herr Paasche
über die Fähigkeit, nicht nur über alles zu reden, sondern
auch alles beweisen zu können. Sein Ziel ist dabei, die
kapitalistischen Interessen mit allen Feinsein und Mitteln
wahrzunehmen. Wenn einmal die Spezies der amerikanischen
Wentepolitiker im deutschen Parlament hoch kommen sollte,
Herr Paasche könnte zum Vorbild dienen. Die gute Hälfte
seiner Ausführungen richtete der Redner gegen unseren
Genossen Bebel. In welcher Weise er diesen zu wider-
legen versuchte, dafür sei nur der eine Ausspruch an-
geführt: „Die Arbeiter stehen sich heute besser als die
Unternehmer!“ Ja, warum werden dann die Unternehmer
nicht Arbeiter und genießen das Glück derselben! Es kann sie
doch niemand daran hindern. — Der Staatssekretär des
Innern nahm nach Paasche das Wort, um sich in langen Aus-
führungen über die Vorbereitungen für die nächsten zoll- und

handelspolitischen Abmachungen auszulassen. Was dabei
herauskommen wird, darf man wohl aus der Zusage an die
Agrarier schließen, denen der Herr Minister die Versicherung
gab, daß wenn sich dazu eine Nothwendigkeit erweise, man
auch vor einer Erhöhung der Agrarzölle nicht zurück-
schrecken werde.

Nun folgten Neben des Antisemiten Dr. Zimmermann
und des Welsen v. H o d e n b e r g. Der erstere erging sich
besonders in Betrachtungen über die Kämpfe der Deutschen in
Oesterreich, wobei er der Regierung den Vorwurf machte, daß
sie die Reichsdeutschen hindere, für die Brüder jenseits der
schwarz-gelben Grenzpfähle zu demonstrieren. Herr v. H o d e n-
b e r g knüpfte an diese Ausführungen an, um auf die
in letzter Zeit hervorgetretene Bevorzugung der Magyaren
hinzuvweisen, jener Magyaren, welche in der österreichischen
Monarchie die Rolle spielen, wie die „Preußen in Deutschland“
und welche das Deutschthum an der Donau mit Füßen treten.
Auch die „annexionistischen, landesvorrätherischen, deutschen
Liberalen“ in Oesterreich bekamen ihren Hieb ab, ebenso wie
der Redner die partikularistischen Schmerzen der Hannoveraner,
„welche zur Zeit zu Preußen gehören“, zum Ausdruck brachte.

In der bekannten großspürigen Weise belehrte dann Herr
v o n S t u m m den Reichstag, daß er sich nicht um hohe
Politik kümmern solle, von der er doch nichts verstehe. In
dieser Rede schlug der Staatssekretär des Auswärtigen
Amtes, Herr v o n B a l o w, indem er den Rath gab, man
solte von hervorragender Stelle aus sich nicht in die inneren
Angelegenheiten fremder Staaten mischen, da dadurch leicht
Missverständnisse hervorgerufen werden können. Wenn dieser
Rath, der zunächst für Herrn von H o d e n b e r g bestimmt war,
allgemein besolgt würde, dann wäre in letzter Zeit manche
Rede, die im In- wie Ausland gehalten wurde, über-
flüssig gewesen.

Morgen, mittags 1 Uhr Fortsetzung und an zweiter Stelle
erste Lesung der Militärstrafprozess-Vorlage. —

Zentrum und Flottengesetz. Die Aufnahme der
Lieber'schen Rede zur Tirpitz-Vorlage seitens der flotten-
begeisterten Presse hat in Zentrumskreisen doch ein wenig
Unruhe gemacht. Man sucht die Ausführungen des Partei-
führers nun abzuschwächen. Man betont besonders in der
Presse der linken Seite der Partei mehr die Bedenken gegen
die Vorlage als mit Lieber die Wichtigkeit und Bedenktheit
derselben. „Nur keine Illusionen“ rüft die
„Kölnische Volkszeitung“ der
Norddeutschen Allgemeinen
Zeitung“ zu, welche aus dem Verlauf der ersten Lesung der
Marinevorlage den Schluß gezogen hatte, die Regierung
brauche nun nur an den Grundfragen der Vorlage energisch fest-
zuhalten. Eine solche, nach dem Lieber'schen Entgegenkommen
selbstverständliche und von der „Nordd. Allg. Ztg.“ nur un-
vorsichtlich verrathene Haltung der Regierung würde das
Zentrum offenbar auf der abschüssigen Bahn immer weiter
treiben. Und dem suchen die linksstehenden Blätter der Partei
entgegenzuwirken. Die „Köln. Volksz.“ fährt in dieser Rich-
tung folgendes aus:

„So weit wir sehen, wird unsere kritische Auffassung der
bezüglich der Marinevorlage nach wie vor bestehenden Lage in
der gesammten Zentrumspresse getheilt. In zahlreichen Zentrums-
blättern kommt dieser kritische Standpunkt in weit schärferer
Weise zum Ausdruck, als an dieser Stelle. Wir denken dabei nicht
einmal an die süddeutschen Organe der Zentrumsparthei. In
diesen, namentlich in den bayerischen Blättern, machen sich, ent-
sprechend der Gesammstimmung in Süddeutschland, die Bedenken
gegen die Marinevorlage mit einer Entschiedenheit geltend, die
nicht unbeachtet bleiben darf und namentlich allen Freunden der
Marinevorlage nahe legen sollte, die Frage mit geziemendem
Ehrste zu behandeln.“

Als nicht ernsthaft erscheint es uns beispielsweise, wenn aus
Antrag von flotten- chawinistischen Kreisen reisende Agitatoren
Versammlungen in Zentrums- Wahlkreisen veranstalten und Res-
olutionen beschließen lassen, in welchen der Abgeordnete des betr.
Wahlkreises dringend gemahnt wird, für die Regierungsvorlage
schlechthin zu stimmen. Wir möchten glauben, daß ein solcher,
vorzugsweise mit wohlklingenden Phrasen operirender, die budget-
rechtliche und finanzielle Seite der Sache als nebensächlich be-
handelnder Versuch, einem Mitgliede der Zentrumsfraktion mit
Kundgebungen von Seiten zu imponiren, welche niemals einem
Zentrumsabdelaten ihre Stimme gegeben haben, wenig Eindruck
machen, sogar leicht den Eindruck erwecken kann, als wünsche
man bei Gelegenheit der Flottenfrage zugleich dem Zentrum
ein Bein zu stellen. Wenn diese Absicht erkennbar würde, so
würde die dazu gehörige Verstimmung sicher nicht ausbleiben.“

Eine Beeinflussung, wie sie im letzten Theile dieser Aus-
lassung des Kölnischen Blattes bekämpft wird, wurde auch vom
„Resfeld der „Altdeutschen“ auf den Abg. W a c h e m versucht.
Dieser wies aber in einem Antwortschreiben zurück, für die
Vorlage „rückhaltlos einzutreten“, betonte die bekannten
„Bedenken“ und erklärte:

„Es wird der weiteren Verhandlungen im Reichstag, sowohl
in der Kommission, wie in zweiter und dritter Lesung im Plenum,
namentlich der weiteren Ausführungen, welche diese Verhandlungen
bringen werden, für mich noch bedürfen, ehe ich mich über meine
endgiltige Abstimmung schlüssig machen kann.“

Wir wollen an der Unfruchtbarkeit der „Köln. Volkszeitung“
und des Abg. Wachen nicht zweifeln. Doch hat die Zentrums-
parthei wahrlich zu viel auf dem Kerbholz, als daß wir den
Versuchen, den bösen Eindruck der Lieber'schen Regierungsa-
bgeschwächen, eine andere als nur taktische Be-
deutung zuschreiben könnten.

Das Zentrum darf sich nicht billig verkaufen. Herr
Lieber hat das Schachergeschäft nicht geschickt genug eingeleitet.

Nun sucht man die Handelsbedingungen wieder zu verbessern. Fertigt wird das Geschäft darum doch.

Die Rede des Herrn v. Posadowsky hat bei den Staatsverhaltnissen großen Beifall gefunden. Die Berliner Politischen Nachrichten begrüßen dieselbe als ein „erlösendes Wort“, da „endlich einmal von autoritativer Seite eine ernste entschiedene Absage an die grundsätzlichen Widersacher des Friedens und der Ordnung auf dem Gebiete der nationalen Arbeit“ gerichtet sei.

Über noch reichlichere Anerkennung findet der Herr Staatssekretär des Reichsamts des Inneren bei der „Nordd. Allgem. Zeitung“. Dies Organ hatte den stenographischen Wortlaut der erlösenden Rede bereits in seinem Parlamentsbericht mitgeteilt. Aber die Rede ist so famos, daß sie heute Abend nochmals an leitender Stelle des Blattes abgedruckt wird.

Wir sind hiermit sehr einverstanden. Wir würden der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ empfehlen, diese Prozedur noch öfter vorzunehmen. So könnte das offizielle Blatt die große geistige Anstrengung, welche für die Abfassung ihrer berühmten Leitartikel nötig ist, angenehmer mildern. Aber noch mehr, warum führt man bei uns nicht die französische Art ein, hervorragende und für das Vaterland besonders wichtige Reden öffentlich im ganzen Lande an Plakatafeln anschlagen zu lassen? Dazu würde sich Herr v. Posadowsky's Rede doch sicherlich prächtig eignen. Und uns sollte das ganz besonders angenehm sein, denn dann brauchen wir dieselbe nicht in Massenauflagen unter das deutsche Volk zu verbreiten, wie wir mit dem auch „erlösenden“ Reden der Herren v. Stumm und v. Puttkamer zu thun genötigt waren.

Kaiser-Nachrichten. Das „Wolffsche Bureau“ verbreitet nachstehendes Telegramm:

Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht aus Budapest Angaben über Aeußerungen, die der Kaiser in einer Unterredung mit dem ungarischen Reichstags-Abgeordneten Grafen Eugen Fichy unter anderem über die Entsendung des Prinzen Heinrich nach China sowie über die parlamentarische Lage in Ungarn gethan haben soll. Diese Angaben sind vollständig unbegründet.

Diese Berichtigung kommt ganz auffallend spät. Wir hatten schon in unserer letzten Sonntagsnummer es für unmöglich erklärt, daß der Kaiser die ihm zugeschriebenen Aeußerungen über die inneren Verhältnisse Ungarns gemacht haben soll. Bemerkenswert ist aber, daß dieser Mittelteil über den Kaiser in so weiten Kreisen Glauben geschenkt worden ist. Und sonderbar ist, wie die ungarischen und österreichischen Blätter sich solche Dinge sollen aus den Fingern gezogen haben.

China. Die telegraphische Verbindung mit Kiao-Tschou, die von den Chinesen infolge der deutschen Besetzung unterbrochen worden war, ist von ihnen nach offizieller chinesischer Mitteilung wiederhergestellt worden.

Aus London wird gemeldet: Das englische Geschwader in den chinesischen Gewässern wird durch drei Schiffe „Edgar“, „Whiting“ und „Hame“ verstärkt. Diese Schiffe sind von Ceylon aufgebrochen.

In China und Japan anfällige deutsche Kaufleute wünschen, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Shanghai telegraphisch wird, die baldige Gewährung einer vierzehntägigen Reichs-Passdauern-Verbindung seitens des deutschen Reichstags. Nur in diesem Falle erwarten sie einen Aufschwung des deutschen Handels und der deutschen Konkurrenzfähigkeit in Ostasien. Andererseits sehen sie mit den größten Besorgnissen der Zukunft entgegen und befürchten, daß das deutsche Prestige verloren gehe.

Dies sieht ganz wie bestellte Arbeit aus. Bisher hat es bekanntlich der Reichstag abgelehnt, auf Kosten der Steuerzahler die Privatinteressen einiger Großkaufleute auch auf diese Weise zu fördern. Bei den jetzigen Machtverhältnissen dürfte die Zentrumspartei vielleicht auch hierfür zu haben sein.

Der indische Feldzug der Engländer ist infolge des Winterbeginns eingestellt worden. General Burchard hat eine Proklamation an die Afghans erlassen, in der er ankündigt, in ihren Gebieten auch während des Winters Truppen belassen zu wollen und zur Beendigung der Feindseligkeiten auffordert.

Die kriegerischen Akte werden dieser Aufforderung ebenso wenig Folge leisten, wie den früheren. Vielmehr werden sie den Kampf für ihre Unabhängigkeit auch im nächsten Frühjahr fortsetzen.

Die bedeutenden Bemühungen der Engländer sind wohl bisher nur von geringem Erfolge gekrönt worden. Wenn der Schnee in den Thälern des gewaltigen Gebirgsrückes zwischen Indien und Iran schmelzen wird, wird der Wassengang von neuem beginnen müssen. Die freien Stämme auf dem „Dach der Welt“ werden den Beherrschern Indiens noch manche Schwierigkeiten bereiten.

Deutsches Reich.

Ein Reichs-Zolltarif und die Gewährung des Rechtsweges in Zollstreitsachen, beides sind alte Forderungen des deutschen Handels. Je weiter der Zolltarif wird, desto härter mehren sich natürlich die Streitigkeiten darüber, ob eine Waare richtig rubriziert und verzollt ist. Selbst die Anschauungen der Zollbediensteten wechseln, sie widersprechen sich oft an verschiedenen Orten. So wird z. B. in dem Bericht der Leipziger Handelskammer für 1895 bemerkt, daß Leipziger Firmen gewisse Waaren regelmäßig in Halle verzollen, weil diese Waaren dort einer günstigeren Auslegung des Zolltarifes unterliegen. Trotzdem ist nur der Weg der Beschwerde oder Petition gegen Entscheidungen möglich, die oft viele tausende von Mark betreffen. Der Zustand ist um so unhaltbarer, weil es oft genug Konkurrenten sind, die ganz verschieden behandelt werden.

Gegen die gewünschten Reichsinstanzen erhob man bisher gern allerlei partikularistische Bedenken; den Einzelstaaten ist die Erhebung und Verwaltung der von der Reichs-Gesetzgebung geschaffenen Zölle und Verbrauchssteuern geblieben; in ihrem Entscheidungsbereich und Strafverordnungsrecht behielten sie einen theuren Avestrest ihrer alten Souveränität. Ferner ist bekanntlich die Auslegung des Zolltarifes vielfach keine Frage der juristischen Logik, sondern der wirtschaftspolitischen Zweckmäßigkeit. Als man amerikanischen Wächterschaft für Blechwaren erklärte und so mit einem höheren Zoll traf, da feierte nicht der juristische Scharfsinn, sondern der agrarische Selbstsinn einen Triumph. In dieser freien Bewegung möchte man sich natürlich nicht durch eine an die Worte gebundene Rechtsprechung hemmen lassen.

Was der Reichs-Schatzsekretär am Freitag als Plan des Bundesraths schilderte, erzählt, wie man sieht, nur einen kleinen Theil der Forderungen des Handels: die Auslässe, die ein Importeur von irgend einem Zollamt erhält, sollen alle Zollämter der verschiedenen Staaten binden, bis von einer höheren Stelle eine Gegenordnung getroffen ist, die dem Interessenten rechtzeitig vorher mitgeteilt werden muß. Damit wäre also eine größere Gleichmäßigkeit an verschiedenen Orten gesichert; der Importeur würde die Kosten der Einfuhr vorher sicher berechnen können. Ein Wechsel in verschiedenen Zeitraumen wäre jedoch

nicht verbürgt, auch der Rechtsweg in Zollstreitsachen nicht eröffnet. Die ganze Reform ist somit eine recht minimale und trägt den Stempel der Verlegenheit deutlich an der Stirn. Schließlich ist es doch ein eigenartiges partikularistisches Selbstgefühl, daß die Entscheidungen eines Reichs-Zolltariffamtes nicht über sich haben, aber die Entscheidung jedes untergeordneten Zollamtes vorläufig für das ganze Reich als verbindlich anerkennen will. Nicht der Reichszolltarif darf einheitliche Anordnungen treffen, aber der Zolldirektor von Posenmüchel hat bis zu einem gewissen Grade die Befugnis dazu!

Ein Postreferat des Herrn v. Pöbbecke. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht heute die folgende Bekanntmachung:

Vom 20. Dezember ab werden Drucksachen in Rollenform bis zu 75 Zentimeter Länge und 10 Zentimeter Durchmesser auch innerhalb Deutschlands sowie im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn zur Postbeförderung zugelassen.

Bekanntlich waren Rollen in dieser Größe im Verkehr des Deutschen Reichs mit den Westpostvereins-Ländern längst zugelassen. Bloss der alten Neuerungen abgesehen, der im Reichspostamt so lange maßgebend war, stand der Zulassung dieser Rollen im Inlandsverkehr entgegen.

Die Aufnahme der neuen Militär-Strafprozess-Ordnung in Bayern. In Bayern herrscht eine harte Verfassung gegen den Entwurf zum Militär-Verfahrensrecht. Die „Münch. N. Nachr.“ geben dieser Stimmung Ausdruck, indem sie nach einer längeren Darlegung über den Entwurf ihre Stellungnahme in folgender Weise zusammenfassen:

Es soll nicht geleugnet werden, daß der Entwurf für Preußen wesentliche Verbesserungen bringt. Das ist aber kein Verdienst der Regierung; denn diese Verbesserungen der gänzlich veralteten Militär-Strafgerichts-Ordnung vom Jahre 1845 sind so selbstverständlich und so dringend geboten, daß man der Regierung nur einen Vorwurf machen muß, daß sie 23 Jahre dazu gebraucht hat, um deren Einführung in Antrag zu bringen.

Die Verbesserungen bestehen für Preußen in der Einführung der mündlichen Hauptverhandlung, der Aufgabe des Besätigungsrechts, der Einführung einer theilweisen Öffentlichkeit, der Zulassung von Rechtsmitteln und der Gewährung des Stimmrechts, wenn auch in bescheidenem Maße, an rechtsgelehrte Richter.

Alle diese Einrichtungen bestehen in ausgebeuteter Weise in Bayern bereits seit dem Jahre 1869 mit Ausnahme der Berufung. Für Bayern bringt der Entwurf aber auch erhebliche Nachteile, nämlich die bedeutende Verschlechterung des Vorverfahrens durch Einführung der gerichtlichen Willkür und Abschaffung der selbständigen Untersuchungsrichter und der Verweigerung des Jurisdiktionsrechts des juristischen Elements bei der Aburtheilung und Einschränkung der Öffentlichkeit.

Der Entwurf bedarf daher, soll er den Anforderungen, welche man heutzutage an eine Rechtspflege stellt, gerecht werden, erheblicher Verbesserungen:

1. Bei den handgerichtlichen Hauptverhandlungen ist neben zwei Offizieren eine juristische Kraft zuzuziehen.
2. Bei den Kriegsgerichten ist das Vorverfahren durch Einführung eines selbständigen Untersuchungsrichters und von unabhängigen Verweisungsinstanzen zu verbessern.
3. Es ist die Verpflichtung des Gerichtsherrn zur Verfolgung jeder zu seiner Kenntniss gelangenden strafbaren Handlung gesetzlich festzusetzen.
4. Die Zahl der juristischen Richter bei den Kriegsgerichten und Oberkriegsgerichten ist zu vermehren und es ist bei nicht-militärischen Realen dem juristischen Elemente grundsätzlich die Mehrheit einzuräumen.
5. Beim Reichs-Militärgerichte, das nur über Rechtsfragen zu entscheiden hat, hat in den erkennenden Senaten die Zahl der Juristen zu überwiegen.
6. Unter welchen Voraussetzungen die Öffentlichkeit auszusprechen ist, ist im Gesetz erschöpfend zu regeln; ob die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, hat im einzelnen Falle das erkennende Gericht zu entscheiden.

Wenn in den Motiven zum Entwurf die Forderung eines selbständigen Untersuchungsrichters nicht als den militärischen Verhältnissen entsprechend bezeichnet wird und wenn namentlich die Verwirklichung der Forderung bezüglich der Öffentlichkeit als den militärischen Interessen abträglich bezeichnet wird, so darf demgegenüber doch darauf hingewiesen werden, daß diese Forderungen in Bayern seit dem Jahre 1869 verwirklicht sind und noch niemand behauptet hat, daß dadurch die Disziplin im bayerischen Heere gelitten hat.

Man darf bei der Beurtheilung des Entwurfs auch nicht vergessen, daß der vorige preussische Kriegsminister Brouard v. Schellen-dorff über der Frage der Reform des Militär-Strafverfahrens Schiffbruch gelitten hat. Er hatte augenscheinlich einen Entwurf, der den Anforderungen einer geordneten Rechtspflege mehr Rechnung trug, zugestimmt, ist aber den einseitigen Anhänger altpreussischer Traditionen, auf deren Konto auch der Entwurf zur preussischen Vereinsgesetz-Novelle zu setzen ist, unterlegen.

Reichstags-Wählerlisten. Der Minister des Inneren hat an die Provinzialbehörden eine Verfügung betreffend die Aufstellung von Wählerlisten erlassen, in der es nach der „Frl. Ztg.“ heißt: „Auf meine Anregung hat sich der Bundesrath in Uebereinstimmung mit der von dem Reichstags in einem Spezialfalle vertretenen Auffassung mit der Auslegung des § 34 des Wahlreglements dahin einverstanden erklärt, daß in Zukunft bei allen während des Laufes derselben Legislaturperiode nach Ablauf eines Jahres nach den allgemeinen Wahlen stattfindenden Wahlen zum Reichstags die Erneuerung sämtlicher Wählerverzeichnisse mit Einschluß der Aufstellung und Auslegung der Wählerliste vorzunehmen ist. Ich erlaube, die nachgeordneten Behörden hiernach mit Weisung zu versehen.“

Wenn der Reichstag nicht wenigstens die exklusive Gewalt hätte, Wahlen für ungültig zu erklären, hätte man auf diesen Gelas noch lange warten können.

Im Reichstags-Wahlkreis Potsdam-Osthavelland sind die Verhandlungen der Antisemiten und der Konservativen über einen gemeinsamen Kandidaten gescheitert, nachdem der Vorschlag der Abtretung dieses Wahlkreises an die Antisemiten unter der Bedingung des Eintretens der letzteren für den konservativen Kandidaten im Nachbarwahlkreis Teltow-Weßlow-Storkow abgelehnt und endgültig aufgegeben ist. Die Konservativen wollen nun im Vertrauen auf die Hilfe der Nationalliberalen einen eigenen Kandidaten aufstellen. Für die Antisemiten soll Rechtsanwalt Lüdke-Spandan kandidieren.

Der Streit zwischen Konservativen und Antisemiten geht weiter.

Eine national-polnische Bewegung soll in Posen und Westfalen angeregt werden. Am 12. d. M. tagte in Posen eine Versammlung, in der ein Komitee gewählt wurde, dem die Aufgabe zufällt, die Agitation unter den dortigen Polen zu leiten. Ob die Bewegung dem Centrum gefährlich werden wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen. Neue Versammlung beschloß ferner, eine Petition an das preussische Abgeordnetenhaus zu richten, in der gegen das Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache in polnischen Versammlungen Einspruch erhoben wird.

Gleiwitz (Oberschlesien), 10. Dezember. (Fig. Ber.) Hier spielt sich ein ganz eigenartiger Bürgermeisterskandal ab. Neben dem Oberbürgermeister Kreidel, einem sehr thätigen aber etwas eigenmächtigen Manne, steht Gleiwitz auch einen zweiten Bürgermeister, einen jungen Mann, Niethke mit Namen, der weniger eigenmächtig als eigensinnig und — was sehr wichtig — Premierlieutenant der Reserve ist. Herr Niethke will nicht unter dem Oberbürgermeister, sondern gleichberechtigt neben ihm arbeiten, weshalb denn alsbald bittere Feindschaft zwischen den beiden Bürgermeistern entstand. Die Schuld des Feindschaftes mag wohl auf beiden Seiten gelegen haben. Herr Kreidel legte im weiteren Verlauf desselben sein Amt nieder, nicht aber, ohne bedeutende Ansprüche an die Stadt zu machen. Er wünschte nichts weniger als Urlaub mit vollem

Gehalt bis zum Ablauf seiner Amtsperiode und nach diesem seine Pensionierung. Die Stadt will auf diesen Plan, der ihr jährlich ca. 12 000 M. kosten würde, natürlich nicht eingehen. Wahrscheinlich wird auch hier der Reserveleutnant über den Zivilisten siegen.

Kiel, 13. Dezember. (Fig. Ber.) Die Reparatur des Kreuzers „Deutschland“, die durch das Auslaufen des Schiffes notwendig geworden, stellt sich als so umfangreich heraus, daß die Ausreise des Geschwaders zunächst um einen Tag, vom Mittwoch auf Donnerstag, hat verschoben werden müssen. Jedenfalls in der Befürchtung, daß „Deutschland“ wieder festhängen wird, ist der Kreuzer „Gefion“ als erstes Schiff bei der Kanalfahrt bestimmt. Dann wird also nur „Deutschland“ festzuhalten bleiben.

Kassel, 14. Dezember. Wegen des Eisenbahnunglücks am 11. Juli d. J. hatten sich gestern der Statthalter Semdehn und der Telegraphist Reiser vor Gericht zu verantworten. Ersterer wurde zu einem Jahre, letzterer zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt.

München, 13. Dezember. (Fig. Ber.) In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer replizierte Minister v. Nibel auf die vorgestrichenen Ausführungen unseres Freundes Ehrhard. Die Finanzergänzung suchte den Widerspruch zunächst ein und jetzt bezüglich der Lebensfrage dahin auszuklären, daß die ursprünglichen Bedenken gegen einen generellen Nachlaß allmählich geschwunden seien und daß die Anschaffungsverhandlungen immer mehr die Ueberzeugung bestärkten, daß man der Landwirtschaft im Interesse des Staates helfen müsse. Einen Unterschied zwischen armen und reichen Bodenzuständen könne man bei dieser Vorlage nicht machen. Eine Verfassungsänderung liege in gar keiner Weise vor. Im übrigen verlaufe der Debatte sprachen heute jenseit Vertreter des Centrum, von denen namentlich Dr. Oster und Dr. Fischer sich über die „unpatriotische“ Rede des Wäckerbühlers Mieland entäußerten. Die Sozialdemokraten haben den Antrag eingebracht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bediensteten und Arbeiterpersonal im königlichen Hofbureau in einer einem staatlichen Musterbetriebe würdigen Weise zu regeln.

Die Reichsrathskammer lehnte den Antrag der Kammer der Abgeordneten auf Einführung einer zehntägigen Kontinuität für aus Oesterreich-Ungarn eingeführtes Schlachtwieh mit motivierter Tagesordnung in der heutigen Sitzung mit großer Mehrheit ab.

Aus der Waig, 13. Dezember. (Fig. Ber.) Durch den Tod des Prof. v. Marquardsen ist im 5. pfälzischen Wahlkreis (Homburg-Rufsch) eine Ergänzung notwendig geworden. Der Wahlkreis ist fast rein ländlich und galt bisher als eine der sichersten Domänen der nationalliberalen Partei. Noch im Jahre 1893 wurde Marquardsen mit absoluter Mehrheit gewählt. In der Zwischenzeit hat aber der Hund der Landwirtschaft gerade in diesem Wahlkreis eine unermüdliche Agitation entfaltet, sein Einfluß ist sehr groß, daß er mit einer eigenen Kandidatur auf dem Plan erscheint. In einer gestern in P. a. n. d. r. h. l. stattgehabten vertraulichen Besprechung von Anhängern des Bundes wurde der bekannte Agitator der Bündler, Guisbühler Lude-Petershausen als Kandidat aufgestellt. Von den mehr nationalliberal gesinnten Anhängern war der Oberbürgermeister und Landtagsabgeordnete Fischer in Homburg in Vorschlag gebracht worden; bei der Abstimmung über beide Kandidaturen blieb er aber in der Minderheit.

So wie die Aktien in dem Wahlkreis stehen, wird Herr Lude jedenfalls gewählt werden. Im Jahre 1893 erhielt Marquardsen 6033 Stimmen; das Centrum 1845, die Sozialdemokratie 99 und die Handwerkerpartei 244 Stimmen. Die Bündler hoffen, daß weder das Centrum noch die Nationalliberalen eigene Kandidaten anstellen, sondern von vornherein die Kandidatur Lude unterstützen, so daß dieser ziemlich leichtes Spiel hätte. Das Bündler-Organ, der „Pfälz. Kur.“, schreibt heute: „Was die nationalliberale Partei betrifft, so wird in Bundeskreisen erwartet (!), daß man von der Aufstellung eines Gegenkandidaten in diesem Wahlkreis absteht. Dadurch würde ein Hand in Handgehen der Nationalliberalen und der Bündler in den fünf anderen Wahlkreisen ermöglicht.“ Es soll also eine Art Ruband getrieben werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Nationalliberalen auf dieses sein ausgefallene Plänchen eingehen und den Wahlkreis ohne Schwerepreis preisgeben. Thun sie es, so gesehen sie damit offen ihren politischen Bankrott an.

Eine Gegnerschaft wird den Bündlern wohl nur in der Sozialdemokratie entstehen. Denn es haben sich in der letzten Zeit Anzeichen geltend gemacht, die darauf schließen lassen, daß es auch unter den in den Steinbrüchen im Oelthtal beschäftigten Arbeitern tagt. Unsere Stimmzahl wird wohl bedeutend steigen, darauf deuten Versammlungen hin, die in letzter Zeit von uns in dieser Gegend abgehalten wurden. Als Kandidat wird wieder der Genosse Ehrhart in Ludwigshafen aufgestellt.

Aus den Reichsländern, 13. Dezember. (Fig. Ber.) Die Justizabtheilung des Ministeriums für Etsch-Verwaltung hat nach dem Vorgange des preussischen Justizministers die Beamten der reichsländlichen Staatsanwaltschaft nunmehr ebenfalls auf die bei der strafrechtlichen Behandlung von Duellvergehen und Verleumdungen in betracht kommenden Gesichtspunkte hingewiesen. Ob in dieser Maßregel eine wirksame Bekämpfung des Duellunwesens zu erblicken ist, mag vorerst noch dahingestellt bleiben.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Dresden wird berichtet: Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom hiesigen Landgericht der 31 Jahre alte, aus Wöhmen gebürtige, in Pirna wohnhafte Maschinenwärter Paul Heger zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Beleidigung des deutschen Kaisers soll in Pirna in einer Restauration begangen sein.

Oesterreich.

Prag, 12. Dezember. (Fig. Ber.) Heute hat die Prager Sozialdemokratie einen hochbedeutenden Sieg errungen. Die Delegirtenwahl der Arbeitnehmer in den Vorstand der Prager Bezirks-Konten-Kasse ist abermals zu gunsten der internationalen Arbeiterkassette ausgefallen, die 1600 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigte, während die Jungeseken, oder wie sie sich nannten: „nationalen Arbeiter“, nur 800 aufbrachten. Mit diesem, auch von uns kaum erhofften Ergebnisse sind die Redenbarren von der „begrenzten christlichen Sozialdemokratie“, die von der geschichtsbüchlerischen Presse in der letzten Zeit fast täglich aufgeführt wurden, glänzend ad absurdum geführt. Nichts war unversucht gelassen worden, um unseren Genossen die Kasse zu entziehen. Eine rüchtilose Agitation, die im Geheimen und in der Öffentlichkeit monatelang thätig war und vor den größten Verleumdungen der sozialdemokratischen Kassenleitung nicht zurückbeugte, wurde in Szene gesetzt.

Das Wahlergebnis hat klar bewiesen, daß auch die kleingewerbliche Arbeiterschaft nunmehr für die Sozialdemokratie gewonnen ist. Von den gegnerischen Stimmen rührten sicherlich drei Viertel von den heute noch in ihrer abergroßen Mehrheit jung-czechischen Handlungsgeschäften her; ein anderer Theil entfällt auf die Kategorien der Berufsbauer etc., während für die eigentlichen Arbeiter sicher kaum hundert Stimmen übrig bleiben, eine lächerliche Zahl, wenn man die pompastischen Verichte der chauvinistischen Presse über die aufblühende „nationale Arbeiterbewegung“ damit vergleicht.

Prag, 13. Dezember. Am 9. Dezember wurde während der Abendvorstellung im kgl. deutschen Landestheater gegen Schluß des dritten Aktes von Sicherheitsorganen an der Universität gegenüberliegenden Ausgange eine aus einer Blechbüchse bestehende Bombe gefunden. Dieselbe war an der Kante der Thür befestigt; am Boden befand sich eine schmale ca. 1 Zentimeter lange Blechbüchse, durch welche die Lunte geführt war. Letztere braunte zur Zeit der Aufführung und wurde von den Sicherheitsorganen angezündet. Nach Anstige von Sachverständigen war die Bombe geeignet, im Falle der Explosion bedeutenden Schaden herbeizuführen. Das zahlreich im Theater anwesende Publikum hatte vom dem Vorfall keine Kenntniss.

Prag, 13. Dezember. In der vorgestrigen Vorstellung im czechischen Nationaltheater, wo ein polnischer Schauspieler spielte, hielt der Sekretär des czechischen Schulvereins aus der Loge eine

auf dem der Kampf ausgefochten wird. Das wird um so nothwendiger, je komplizierter und widerspänniger das Wahlsystem.

Erst wenn diese Arbeit gethan ist, wird jeder Wahlkreis sich über seine Aussichten einigermaßen klar sein, sowie darüber, welche Konsequenzen die Singsche wie die Auer'sche Auffassung des Hamburger Beschlusses für ihn haben dürfte, ob jene ihn im Wahlkampf beengt oder nicht. Sind es dann nur vereinzelte Wahlkreise, die sich für die Auer'sche Auffassung aussprechen, so wird kaum das Bedürfnis vorherrschen, diese Auffassung im nächsten Wahlkampf zur Geltung zu bringen; sind's ihrer viele, so darf man wohl erwarten, daß auch die Anhänger der Singschen Anschauung nicht ihre Meinung den Andersdenkenden um jeden Preis werden aufstrotzen wollen, oder daß sie doch dem Bebel'schen Vorschlag, die Fraktion zu befragen, zustimmen werden.

Allerdings, sollte auch dann nicht eine freiwillige Einigung in der einen oder anderen Weise zu erzielen sein, dann bliebe als letztes Mittel nur noch der außerordentliche Parteitag übrig, der aber dann mit ganz anderer Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse urtheilen könnte als jetzt.

Unser Vorschlag geht also dahin, die Diskussion über den Hamburger Beschluß einstweilen ruhen zu lassen, dafür aber um so energischer jene vorbereitenden Schritte zu den Landtagswahlen zu thun, die auf jeden Fall gethan werden müssen, wie immer man über den Begriff des Kompromisses denken mag; dann, wenn dies geschehen, dann wird es Zeit sein, daß jeder Wahlkreis sich schlüssig wird über die Stellung, die er zu dem zweifelhaften Satz des Hamburger Beschlusses zu nehmen hat, und dann wird sich zeigen, ob es noch nothwendig wird, im Interesse der Partei an eine Zustimmung zu appellieren, deren Autorität jedermann anerkennt, sei es die Fraktion oder der Parteitag.

Unser Vorschlag lautet also: **An die Arbeit!**

Urges Theilnahmlosigkeit zeigten die Parteigenossen in Kottbus bei der Stichwahl zum Stadtverordneten-Kollegium. Während unser Kandidat Keil bei der Hauptwahl über 200 Stimmen bekommen hatte, erhielt er bei der Stichwahl nur 58. Wie die „Volkstimme“ mittheilt, waren in der Liste der Wahlberechtigten mindestens 600 Personen verzeichnet, deren sozialdemokratische Gesinnung öffentlich bekannt ist.

Die Vereidigung unserer Parteigenossen in Zürich ging am Sonnabend mittags 1 Uhr bei argem Sturm und Regenwetter auf dem Friedhofe im Angesichte des schneebedeckten Uetliberges vor sich. Von nah und fern waren zahlreiche Arbeiterscharen herbeigeeilt, um dem lieben Genossen das letzte Geleit zu geben. Mehr als 20 Arbeitervereinigungen, sowie mehrere Delegationen von auswärtigen waren erschienen. Auch der Große Stadtrath von Zürich, dessen Mitglied Conzett gewesen ist, war offiziell vertreten. Der Zug, an dessen Spitze zirka 20 umfahrende Fahnen geführt wurden, mochte etwa 1000 Theilnehmer zählen. Kranzpenden waren in so großer Zahl eingegangen, daß der Sarg darunter völlig verschwand. Am Grabe sprachen Grellich und Fährli. Der Tod Conzett's hat allenthalben tiefen Eindruck gemacht. Die gesammte Presse widmete ihm sympathische Nachrufe. Die Arbeiterschaft wird sein Andenken in Ehren halten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Beschlagnahme wurde in Brandenburg die Nummer 289 der „Brandenburger Zeitung“ vom 10. Dezember wegen eines Artikels, worin die Mittheilung bürgerlicher Blätter scharf kritisiert war, wonach der Kassirer einer Gewerkschaft verschwunden sein sollte.

— Wegen einer angeblich beleidigenden Notiz über die Hausführung bei dem Parteigenossen Gärtner in Magdeburg-Buchan hat die Magdeburger Polizei gegen die Redakteure des „Sächsischen Volksblattes“ in Jwickau, der „Volkstimme“ in Forst und des „Proletariats“ in Langenbielau Strafandrohung gestellt. — Wegen der verantwortlichen Redakteure der „Volkstimme“ in Magdeburg sind wegen angeblicher Beleidigung Postämter's und der Magdeburger Stadtverwaltung zwei Beleidigungsprozesse anhängig gemacht.

— Der durch zahlreiche Prozesse gegen Angehörige unserer Partei bekannt gewordene Bürgermeister Suchsland in Luckenwalde hat sich, wie das „Volksblatt für Anhalt“ mittheilt, um den erledigten Posten des Oberbürgermeisters von Dessau beworben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Errichtung eines Gewerbegerichts für Wilmersdorf wurde vor zwei Jahren mit der Begründung abgewiesen, es würde in kürzester Zeit die Errichtung eines Amtsgerichts in Angriff genommen werden; außerdem sei auch ein Bedürfnis für den Ort Wilmersdorf — der jetzt über 22 000 Einwohner zählt — nicht vorhanden. Da nun in Wilmersdorf seit Jahren eine riefliche Bauthätigkeit herrscht und auch noch auf lange Zeit andauern wird, neben der regen Bauthätigkeit aber auch der liebe Vauchwinkel mit seiner oftmals schweren Schädigung der beteiligten Arbeiter ruhmert, ersucht uns der Genosse Otto Kerre, Pfalzburger-Strasse 67, Quergeb. part., alle Arbeiter, welche innerhalb Wilmersdorfs eine Schädigung infolge gewerblicher Thätigkeit erleiden, sich an seine Adresse zu wenden. Kerre will dieses als Beweismaterial für die Nothwendigkeit der Errichtung eines Gewerbegerichts dem Gemeindevorstand überweisen, umso mehr als auch die Errichtung eines Amtsgerichts am Orte bis heute nicht erfolgt ist.

Deutsches Reich.

Die Schuhmacher in Brandenburg haben in einer Versammlung den Beschluß gefaßt, den Meistern einen Tarif zu unterbreiten, der im Falle der Ablehnung durch einen Streik zur Annahme gebracht werden soll.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Zehl drang die Liste des Gewerkschaftskartells in der Klasse der Arbeitnehmer durch. Von den Gegnern war keine Liste aufgestellt.

Ueber die christliche Gewerkschaftsbewegung wird berichtet, daß die erste namhafte Vereinigung dieser Art, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands zu Essen, nahezu 20 000 Mitglieder zählen soll. Im Anschluß an denselben hat sich jüngst auch der Sieger Verband von Berg- und Pflanzarbeitern mit 1800 Mitgliedern gebildet. Der christlich-soziale Textilarbeiter Verband für Kachen-Burisch hat bereits über 2000 Mitglieder. Im Anschluß an denselben hat sich für den Bezirk Cuxen ein Zweigverein mit 500—600 Mitgliedern konstituiert. Der bayerische christlich-soziale Textilarbeiter Verband zählt auf seinem weiteren Gebiete in 14 Industriezweigen über 4000 Mitglieder. Dem bayerischen Eisenbahner-Verband sollen nahezu 10 000 Mitglieder angehören. In Kachen hat sich bereits ein Verband der Studienteure, Plehnerer etc. mit 200 Mitgliedern gebildet, während ein solcher für Metallarbeiter in Vorbereitung ist. Ebenso wurde in Kln-Ehrenfeld ein Verband für Maurer und verwandte Berufe gegründet, und die Gründung eines Verbandes der Metallarbeiter wird geplant.

Ausland.

In Wien bleiben vorläufig noch 150 Lasterarbeiter ausgeperrt. Die Unternehmer rächen sich, weil die Arbeiter es wagten, eine Verbesserung ihrer traurigen Lage anzustreben. Sie rächen sich, weil die Arbeiter ausparten und durch Versperrungen und Drohungen nicht wanden wurden, bis sie gemeinsam beschloßen, die Arbeit aufzunehmen. Um die Maßregelung recht empfindlich zu machen, haben sie meist Familienväter ausgeperrt, die die gegenwärtige Nothlage um so schwerer empfinden.

Der Streik der Porzellanarbeiter in Nid bei Karlsbad dauert unverändert fort. Unter den obwaltenden Verhältnissen ist nicht daran zu denken, daß ein baldiges Ende herbeigeführt werden könnte. Auf beiden Seiten wird mit gleicher Erbitterung gekämpft. Der Fabrikant giebt sich alle Mühe, Streikbrecher heranzuziehen. Es ist ihm nur gelungen, einige Tagelöhner zum Streikbruch zu verleiten. Diese ziehen täglich unter Gendarmenbedeckung von und zur Fabrik. Unter den Streikenden herrscht eine seltene Ausdauer und Einmüthigkeit.

Das Resultat über die Abstimmung der englischen Maschinenbauer ist zwar auch jetzt noch nicht ganz bekannt, jedoch steht schon soviel fest, daß die Vorschläge der Unternehmer verworfen werden. In Manchester stimmten 128 gegen die Bedingungen, dafür niemand, in Lancashire wurden 174 Stimmen gegen, dafür keine abgegeben. In Leeds V war das Verhältnis: 163 zu 1; in Hull I: 91 zu 0; in Hull II: 246 zu 0; in Salford: 208 zu 1; in Oldham V: 228 zu 3; in Bolton I: 49 zu 1; Bolton III: 213 zu 0 u. s. w.

Um die Tragweite dieser Stimmabgabe voll zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß sie unternommen ist von nichternen, sich abwägenden englischen Gewerkschaftern, die sich nicht von Augenblicksstimnungen leiten lassen. Uebrigens handelt es sich um Leute, die seit mindestens 10 bis zu 22 Wochen ausgeperrt sind oder um Männer, die, weil sie weiter arbeiten, von ihrem Verdienste wöchentliche Abgaben in einer Höhe von gegenwärtig 4 Schilling 6 Pence (4,50 M.) zu leisten haben. Die Abstimmenden wissen, daß durch ihre Entscheidung die Aussperrung weiter dauert und die Beiträge weiter gezahlt werden müssen.

Die **Saunmollspinner** haben die in sie gestellten Erwartungen nicht getäuscht. Der Verband hat den Maschinenbauern ein Darlehen von 10 000 Pfd. Sterl. angeboten und ferner ist den Mitgliedern der Antrag unterbreitet, daß jedes Mitglied pro Woche 6 Pence Extrabeiträge leisten soll, was wöchentlich 400 Pfd. Sterl. ausmachen würde.

Die **Unternehmer**, die wohl kaum erwartet haben, daß ihre Haltung die öffentliche Meinung in so hohem Maße gegen sie einnehmen werde, als es geschehen, versuchen alles mögliche, den schlechten Eindruck abzuschwächen. In einer Fluth von Zuschriften an die Presse und in ihren Reden bemühen sich die Dyer, die Siemens, die Bignard, ihr Ultimatum möglichst harmlos hinzustellen, freilich mit wenig Glück. In einem Manifest lassen sie u. a. verstanden: „In keinem Falle haben die Arbeitgeber auf Arbeitsverhältnisse gedrungen, die nicht schon in vielen Distrikten und vielen dem Verbands angehörigen Fabriken bestanden, Verhältnisse, unter denen gegenwärtig eine große Zahl von Mitgliedern der verbundenen Gewerksvereine arbeitet. Die Vorschläge der Fabrikanten würden ohne Zweifel der Mehrzahl der Arbeiter zum Vortheil und Nutzen gereichen. Die Bestimmungen über Stückarbeit, Bezahlung der Arbeiter nach Leistungsfähigkeit u. s. w. würden ohne Zweifel schließlich die Zahl der beschäftigten Arbeiter und den Lohn erhöhen. Während die Arbeitgeber auf ihrem Rechte absoluter Freiheit im Betriebe ihrer Fabriken bestehen müssen, wollen sie sich durchaus nicht in die Funktionen der Gewerksvereine einmischen. Ebenso wenig wollen sie sich weigern, sie anzuerkennen. Was die Arbeitgeber jetzt den verbündeten Gewerksvereinen vorschlagen, ist, kurz zusammengefaßt, folgendes: Daß der Verband der Arbeitgeber einerseits und die Gewerksvereine andererseits zur Förderung des industriellen Friedens und zum Fortschritt der gemeinsamen Industrie mit gegenseitigem Einverständnis alle Gründe des Streites beseitigen. Sollte später einer entstehen, so möge erst alle Mittel angewandt werden, einen Kampf zu vermeiden, ehe die wirklichen Feindseligkeiten beginnen. Kurz, es schlagen die Arbeitgeber keine Aenderung des status quo in den Funktionen der Gewerksvereine und ihrer Regeln, was Arbeit und Löhne ihrer eigenen Mitglieder betrifft, vor. Aber sie opponiren dagegen, daß sie selber diese Regeln durchführen sollen und die Gewerksvereine sich in Arbeit und Löhne solcher Arbeiter einmischen, die nicht zu dem Gewerksverein gehören. Die Fabrikanten wollen nur, daß die Gewerksvereine sich nicht in den Betrieb der Fabriken einmischen. Davon abgesehen, wollen sie gern mit den Gewerksvereinen zusammenwirken in Verhandlungen über die Höhe der Löhne und zur Vermehrung von Arbeitsfreitigkeiten in der Zukunft. Der Plan der Fabrikanten ist dem Wesen nach kollektives Abkommen zwischen dem Verbands und den Gewerksvereinen, statt zwischen einzelnen Arbeitgebern und Gewerksvereinen. Die spezifische Natur des von den Fabrikanten vorgeschlagenen Abkommens mit den Gewerksvereinen erbittet denen eine sachliche und energische Antwort, die behaupten, daß die Arbeitgeber es ablehnen, die Gewerksvereine anzuerkennen, und sie zu vernichten wünschen.“

Colonell **Dyer**, der in Manchester eine große Rede, die im Sinne des obigen Manifestes gehalten war, vom Stapel ließ, gab am Schluß derselben der Meinung Ausdruck, daß das sozialistische Element in den englischen Gewerkschaften die Oberhand gewinne.

Durch den Telegraph wird aus London noch folgendes gemeldet: Eine Anzahl hervorragender älterer Mitglieder der Universität Oxford haben in den Blättern einen Protest gegen das Ultimatum der Arbeitgeber im Maschinenbau-Gewerbe veröffentlicht, in welchem sie erklären, das Ultimatum sei durchaus eine Verleugnung der legitimen Thätigkeit der Trade-Unions.

Bei der **Generalkommission** gingen für die englischen Maschinenbauer in der Woche, endend am 9. Dezember, 6267,46 M. ein, womit die durch die Generalkommission nach England gesandte Summe die Höhe von 72 106,26 M. erreicht.

Soziales.

Der Stadtrath von Frankenhäusen am Kyffhäuser hat sich, entgegen der Ansicht der Aufsichtsbehörde, dafür entschieden, daß die Wahlen zu dem zu schaffenden Gewerbegericht Sonntag's vorgenommen werden. Das Gewerbegericht beginnt zu dem Jahr seine Thätigkeit.

Krankenkassen und ärztliche Bezirksvereine. Das sächsische Ministerium hat auf die Vorstellung einer Krankenkasse entschieden, daß den ärztlichen Bezirksvereinen die Berechtigung zur Ausstellung bindender Vorschriften, wie etwa der folgenden:

„Die Honorierung der ärztlichen Leistungen mittels Fixsumme und Pauschquantums darf nur ausnahmsweise erfolgen“, oder „bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Ärzten und Krankenkassen hat der Bezirksverein endgiltig zu entscheiden“, ferner: „Die Beiträge sollen vierteljährlicher Kündigung unterliegen; Ortswechsel soll den Vertrag aufheben“, und endlich „bei Einspruch des Arztes gegen die Kündigung durch die Kasse soll die Entlassung von der Zustimmung des Bezirksvereins abhängig sein“, einfach abgeprochen werden müsse. In der Verordnung wird weiter hervorgehoben, daß es unzulässig sei, wenn ein Bezirksverein die Freiheit seiner Mitglieder in der Weise beschränke. Sollte der betreffende ärztliche Bezirksverein auf den erwähnten Vorschriften beharren, so würde auf die Vorstellung der Krankenkasse inanspruchnahme Entschließung zu fassen sein.

Die Landwirtschaft wird bekanntlich nicht nur von eigentlichen Landwirthen, sondern in verhältnismäßig starkem Maße auch von anderen Bevölkerungsklassen als Nebenberuf ausgeübt. Landwirtschaftliche Hauptbetriebe gab es 1895 in Preußen 1 343 593, landwirtschaftliche Nebenbetriebe dagegen 1 964 583; von letzteren wurden 895 222 von gewerblichen (industriellen) Selbständigen und Arbeitern im Nebenberuf bewirtschaftet. Der landwirtschaftliche Nebenbetrieb hat für die einzelnen Privatwirtschaften natürlich eine mehr oder weniger große Bedeutung, für die landwirtschaftliche Produktion als solche fällt er aber fast gar nicht ins Gewicht. Dies geht aus folgenden Zahlen hervor. Von den 371 879 gewerblichen Selbständigen, die nebenberuflich Landwirtschaft betreiben, bewirtschafteten 44 pCt. landwirtschaftliche Zwergerwirtschaften unter 1/2 Hektar und 34 pCt. Parzellenwirtschaften von 1/2 bis 2 Hektar; von den nebenberuflich Landwirtschaft treibenden 497 328 gewerblichen Arbeitern und Gesellen bewirtschafteten gar 68 pCt. Zwergerbetriebe und 27 pCt. Parzellenbetriebe. Man sieht hieran, daß die überwiegende Zahl der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe nur außerordentlich kleine Flächen betreffen, auf denen in der Regel keine Verkaufsgüter erzeugt werden, sondern nur einige in der Hauswirtschaft der Betreffenden selbst gebrauchte Feld- und Gartenfrüchte. — Wie weit die Beteiligung der gewerblichen Arbeiter an der Landwirtschaft geht, ersieht man daraus, daß von den in Preußen vorhandenen 2 941 910 männlichen und weiblichen Arbeitern im Alter von über 16 Jahren 487 328 gleich 16,9 pCt. nebenberuflich Landwirtschaft treiben. Die Bedeutung dieser kleinen Landwirtschaften für die Hauswirtschaften

der Arbeiter ist bereits hervorgehoben worden; zu vergessen ist dabei aber nicht die große Ueberarbeit, die einer Arbeiterfamilie daraus erwächst, wenn neben der Erwerbsarbeit nach Feierabend und des Sonntag's die landwirtschaftliche Arbeit verrichtet werden muß.

Aus alten mecklenburgischen Akten veröffentlicht der in Warnemünde lebende Herr Schumacher-Jarchlin in der „Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ ein Gutachten, das er vor über dreißig Jahren aus Erfordern der mecklenburgischen Regierung in Beziehung auf die Regelung der Arbeitszeit für landwirtschaftliche Arbeiter eingereicht hat. Wie der Verfasser, der ein Freund von Thünen und Robbertus war und ein Vierteljahrhundert als mecklenburgischer Gütertaxator fungierte, selbst schreibt, war die Frage der Regulierung der Arbeitszeit schon damals dringend, „denn die Uren gingen vor, in sehr vielen Wirtschaften eine Stunde oder etwas mehr oder weniger... In vielen Domanialdörfern Mecklenburgs bestand früher die Sitte, daß im Winter um 4 Uhr morgens, im Herbst wegen Gewinnung des nöthigen Saatkorns um 1 Uhr nachts die Bauern mit ihren Diensthöfen zum Dreschen gingen“. Manchem mecklenburgischen Tagelöhner und Deputatisten sei ein solches Uebermaß von Arbeit auferlegt gewesen, daß er unter der erdrückenden, oft nicht vom Beihiligsten erkannten, sondern heimlichen, Last seines Lebens nicht froh geworden sei, und daß durch die richtige Erkenntnis und Heilung dieses Uebels ein großer Schatz von Menschenwohlthat und Menschenglück gehoben werden konnte, ohne dem „Arbeitgeber“ irgend erhebliche Kosten aufzuerlegen.

Das Gutachten über die einzuhaltende Arbeitszeit lautet nun folgendermaßen:

1. Vom 1. April bis 1. Oktober dauert die Arbeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und wenn die Sonne vor 8 Uhr untergeht, bis Sonnenuntergang, mit 1/2 Stunde Frühstück, 1/2 Stunde Mittags- und 1/2 Stunde Besperzeit.

Beim Einfahren in der Heu-, Knap- und Kornerte dauert die Arbeit bis Sonnenuntergang.

2. In den Monaten Oktober und März dauert die Arbeit von Sonnenanfang bis Sonnenuntergang mit 1/4 Stunde Frühstück, 1/4 Stunde Mittags- und 1/4 Stunde Besperzeit.

3. Vom 1. November bis 1. März dauert die Arbeit von Tagesanbruch bis zum Dunkelwerden mit 1 Stunde Mittagszeit, ohne Frühstück- und Besperzeit. Die Morgens und Mittags zum Zurücklegen der Wege vom Dorfe zur Arbeitsstelle und zurück erforderliche Zeit wird als Arbeitszeit gerechnet.

Diese Normen entsprechen im Jahresdurchschnitt einem normalen Arbeitslage von 10 Stunden.

Durchgeführt ist das hier als Norm aufgestellte allerdings nie worden. Aber mancher vreußische Junker wird seinen Augen nicht trauen, daß von einem mecklenburgischen Gutsherrn schon vor dreißig Jahren Grundzüge über die Arbeitszeit der königlichen Arbeiter aufgestellt und als gerecht und billig befunden wurden, die — wenn ähnliche Arbeitszeiten heute von seinen Arbeitern gefordert werden sollten — er als sozialdemokratische Annahmen bezeichnen würde.

Arbeiterrisiko. In München kürzte Dienstag Mittag auf einem Neubau an der Ecke der Lindwurm- und der Dailerstraße ein Erler ein, wodurch ein Arbeiter getödtet und elf Arbeiter schwer verletzt wurden. — Beim Bau der Prohlhalsbahn in der Rheinprovinz wurden drei Arbeiter durch herabstürzende Erdmassen verschüttet und als Leichen heraufgehoben.

Soziale Rechtspflege.

Ausschluß aus einer Innung. Ein gewisser H. war früher als selbständiger Tuchmacher Mitglied der zuständigen Innung in Gräberberg. Er gerieth dann in Konturs und mußte als Werkmeister in ein anderes Geschäft eintreten. Schließlich fand sich ein Kaufmann, der ihm 17 000 M. zur Begründung einer neuen Tuchmacherei zur Verfügung stellte. Als nun H. wieder als Innungsmittelglied betrachtet werden wollte, schloß ihn die Innung formell aus, indem sie geltend machte, er könne nicht als selbständiger Handwerker angesehen werden, da die ganze Geschäftseinrichtung eigentlich dem Geldgeber gehöre. Diesen Beschluß hob der Magistrat von Gräberberg auf und der Bezirksausschuß erkannte später ebenfalls zu gunsten des H. Wegen die Verfassung des Innungsvorstandes führte Rechtsanwalt Krause vor dem Oberverwaltungsgericht aus, unter Selbständigkeit im Sinne des Gesetzes und des Innungsstatuts könne nur die juristische Selbständigkeit gemeint sein, nicht die vollständige wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die juristische Selbständigkeit besitze aber H. unbedingt, so sei er auch in das Firmenregister eingetragen. Das Oberverwaltungsgericht schloß sich dem im wesentlichen an und erklärte gleich dem Vorderrichter den Ausschluß H.'s aus der Innung für unberechtigt.

Auf eine wesentliche Verschlechterung in seinen Gesundheitsverhältnissen berief sich der Brauer Groch aus Frankfurt am Main, indem er von der Brauerei-Berufsgenossenschaft verlangte, sie solle seine Unfallrente von 667/3 pCt. erhöhen. Eine Rente in dieser Höhe hatte ihm seinerzeit das Reichs-Versicherungsausschuss mit zugestimmt. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Erhöhungsanspruch ab. Der Verletzte legte darauf Berufung ein und verwies vor allem auf ein Gutachten des Dr. Schreiber, wonach Groch völlig erwerbsunfähig sei. Das Schiedsgericht glaubte aber dem Arzte der Berufsgenossenschaft, Sanitätsrath Dr. Klingelhöfer, der sich dahin geäußert hatte, daß im Befinden des Klägers keine Verschlimmerung eingetreten sei. Kurioser Weise sprach das Schiedsgericht dem Dr. Schreiber und seinem Gutachten jeden Anspruch auf Wissenschaftlichkeit ab, während es das des Dr. Klingelhöfer für durchaus einwandfrei erklärte. Der Kläger machte noch vom Rechtsmittel des Rekurses Gebrauch. Zur Begründung seiner Forderung wurde in der Rekurschrift folgendes geltend gemacht: Der Zustand des Klägers verschlechterte sich merklich. Seine Nervosität, eine Folge des Unfalls, trete immer mehr hervor. Er leide an Schlaflosigkeit, Gedankenschwäche und Appetitlosigkeit, der Körper erschlaffe allmählich. Dazu plange ihn fortwährend Brust- und Kopfschmerz. Dem Gutachten des Sanitätsraths Klingelhöfer sei entgegen zu halten, daß Sanitätsrath Burgart die Erwerbsunfähigkeit des Klägers auf 75 pCt. schätze und daß sie nach dem Gutachten des Professors Fuchs und des Dr. Pahl 70 bis 80 pCt. betrage. Das sei doch schon eine wesentliche Verschlechterung gegenüber 667/3 pCt. Dr. Schreiber aber bleibe bei der Annahme, daß H. überhaupt nicht mehr erwerbsfähig sei. Der Arzt der Berufsgenossenschaft, der bereits erwähnte Sanitätsrath Klingelhöfer, sei durchaus nicht so einwandfrei, wie ihn das Schiedsgericht hinstellte. Er urtheile gerade so, wie es die Berufsgenossenschaft wünsche. Der Herr habe sogar versucht, den früheren Arbeitgeber des H. zu bestimmen, den Kläger auf kurze Zeit mit leichten Arbeiten zu beschäftigen, damit der Beweis erbracht werde, daß er arbeiten könne. Danach könne das Urtheil des Herrn doch wohl kaum als einwandfrei gelten. Es werde deshalb ein Obergutachten beantragt. Das Reichs-Versicherungsausschuss unter dem Vorsitz des Direktors Pfarrius lehnte dies aber ab und beließ es bei der ungünstigen Vorentscheidung.

Depeschen und letzte Nachrichten.

London, 14. Dezember. (W. Z. S.) Die Konferenz zur Beilegung des Ausstandes im Maschinenbaugewerbe ist heute wieder zusammengetreten; wie verlautet, zeigen die Arbeitgeber sich von einem persönlichen Geiste durchdrungen. Die Konferenz wird wahrscheinlich bis Ende dieser Woche dauern.

Rom, 14. Dezember. (W. Z. S.) Die „Agenzia Stefani“ meldet: Da die weiteren Verhandlungen di Rudini's mit den in Frage kommenden politischen Persönlichkeiten vollen Erfolg gehabt haben, ist das das neue Ministerium nunmehr wie folgt zusammengefaßt: di Rudini Präsidium und Inneres, Zanarbelli Justiz, Visconti Venosta Aeußeres, Wein Marine, Branca Finanzen, Luzzatti Schatz, di San Marzano Krieg, Gallo Unterricht, Ravoncelli öffentliche Arbeiten, Cocco Ortu Ackerbau und Eines Post und Telegraphen.

Reichstag.

10. Sitzung vom Dienstag, den 14. Dezember 1897.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Graf Posadowsky, v. Cospolter, v. Zhielmann, v. Bülow.

Präsident v. Buelo eröffnet 1 1/2 Uhr die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Abkommens zur gemeinsamen Regelung einiger Fragen des internationalen Privatrechts zwischen Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, Portugal u. s. w., dem das Reich zusammen mit Oesterreich-Ungarn am 9. November beigetreten ist. Das Abkommen wird debattellos angenommen.

Es folgt die Weiterberatung des Etats.

Herr Richter (fr. Bg.) vertheidigt die Politik des Grafen Caprivi gegen die Angriffe des konservativen Etatsredners. Redner wendet sich hierauf gegen die Ausführungen des Herrn v. Zhielmann bezüglich der Schuldenentlastung, er wünscht, selbst für den Fall, daß wir jetzt eine günstigere Finanzlage haben, gewisse Garantien dafür, daß auch in Zukunft, wenn neue Kosten dazu kämen, die Lasten nicht durch indirekte Steuern auf die weniger Bemittelten abgewälzt würden. Die Agrarier suchen die Regierung in dem Sinne zu beeinflussen, daß wieder die Zölle auf Getreide erhöht werden, und der wirtschaftliche Ausschuss könnte nach seiner Zusammenkunft dies bekräftigen, denn eine wirkliche Vertretung der deutschen Interessen ist er nicht. Er polemisiert dann gegen Nordosts' bimetallicistischen Optimismus und weist auf den Mißerfolg der Börsen- und Zuckersteuer-Gesetzgebung hin. Redner fährt dann fort: Man schädigt das Ansehen der Regierung durch diese unüberlegte Gesetzgebung. — Anders sieht es mit der Aufhebung des Koalitionsverbots für Vereine. Zweifellos hat der Herr Reichskanzler sein Wort dafür eingelegt, daß das Gesetz jedenfalls vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs eingebracht werden sollte. Nachdem der preussische Landtag sich dem eingebrachten Entwurf gegenüber ablehnend verhalten hatte, warum zögert man denn, das Gesetz hier in einer geeigneten Form einzubringen? Daß dieses Verbot heute nicht mehr zweckmäßig ist, darüber sind wir uns doch einig, auch die Regierung giebt es zu. Hat man vielleicht Bedenken, etwas gegen den Willen des Herrenhauses und der Rechte des Abgeordnetenhauses zu thun? — Gegenüber Bebel's Bemerkungen über die Fürsorge für die Schule, die in mehrfacher Beziehung bemerkenswerth waren, möchte ich darauf hinweisen, daß der Staat für die Schulen nur subsidiär haftet, die Hauptfürsorge für sie aber Pflicht der Gemeinden ist. Man sieht daraus, daß es falsch war, daß die Sozialdemokraten den Landtag nicht beabsichtigten. Die Gesetzgebung dort ist viel wichtiger als sie es angenommen hatten, namentlich nachdem die Regierung Neigung zeigt, wichtige Fragen in die Landtage hinüberzutragen; es ist nötig, daß sich dort alle freirechtlichen Elemente gegen die Konservativen und Agrarier zusammenschließen. —

Bebel hat uns seiner Stellungnahme in der Flottenfrage vorgeworfen. Die Notwendigkeit des Schutzes des Handels erkennt er ja selbst an. Aber wenn England, Frankreich, Rußland, ja selbst kleinere Staaten mit so gewaltigen Rüstkungen vorangehen, wie können wir es da in Deutschland verantworten, daß wir fortgesetzt im Hintertreffen bleiben! Ich erinnere die Sozialdemokraten an die Vorgänge auf dem Paritätstag in Hamburg, wo Auer erklärte, wenn wir doch einmal einen Krieg, den wir nicht verhindern können, haben, so müssen wir es doch wünschen, daß unsere Soldaten Uniformen erhalten, in denen Sie nicht so leicht erkennbar sind. Ich freue mich sehr darüber; es ist das ganz unser Standpunkt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Herr v. Leipziger hat den Verein Nordost angegriffen. Wenn er ihn auch sehr geringschätzig behandelt, so scheint er ihm doch sehr im Magen zu liegen. (Heiterkeit.) In dem Kampf gegen diesen Verein befindet sich der Bund der Landwirthe schon auf der Aktivseite. (Große Heiterkeit.) Die Art, wie die unteren Organe im Lande die amtliche Autorität geltend machen, um für die Bestrebungen der Agrarier Propaganda zu machen, ist unerhört. (Widerspruch und Lachen rechts.) Es ist bedauerlich, daß der Herr Reichskanzler nicht die richtige Kenntnis davon zu haben scheint. (Widerspruch rechts.) Diese Kreise haben eine unglaubliche Verwegenheit — ich kann es nicht anders nennen —, amtliche Organe für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Selbst der Reichstag wird von ihnen nicht verschont und in der verächtlichsten Weise von untergeordneten Beamten charakterisiert. Die Vorgänge in Berlin und Frankfurt a. M. zeigen uns Beispiele der Beamtenwillkür. Vor allen Dingen ist ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Beamten dringend notwendig, viel dringender als ein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz. Jedenfalls sollte der Reichskanzler mit seiner Autorität dazuschreiten und die Landtage durch den preussischen Minister des Innern zur Raison bringen lassen. Die Agitation des Bundes der Landwirthe hat einen Umfang und eine Form angenommen, daß man sagen müsse: Die Sozialdemokraten sind gegenüber den Agrariern die wahren Waisenkinder. (Oh! Widerspruch und Lachen rechts.) Ich selbst habe ja Optimismus genug, zu hoffen, daß wir diesen Einfluß wieder überwinden werden. Aber draußen im Lande ist man schon sehr pessimistisch, und mehr als von den Sozialdemokraten wird diese pessimistische Stimmung genährt von Leuten, die in ihrer Begehrlichkeit keine Grenzen kennen. (Oh!) Es ist hohe Zeit, daß diesem Pessimismus mit der vollen Autorität der Regierungsgewalt entgegengetreten wird. Aber auch der Liberalismus hat Schuld, durch seine Zerfahrenheit, durch die er sich weite Volkskreise entfremdet hat, daß er es zugelassen, daß eine derartige schamlose Interferenzpolitik, wie sie von Seiten der Herren rechts geübt wird, hier dominiert. Ich richte die dringende Mahnung an alle Liberalen, ihrer Zerrüttung ein Ende zu machen und ihrer Verantwortung vor der Geschichte eingedenk zu sein. Ich gebe meinen Platz gern preis, an meiner Person ist nichts gelegen. Hier handelt es sich um die Interessen des liberalen Bürgerthums und des gesammten Vaterlandes. (Beifall. — Bewegung. — Nichter und die Seinigen waren nicht im Saal.)

Kriegsminister v. Cospolter: Wir vermissen keineswegs die Anspannung, die die zweijährige Dienstzeit dem Ausbildungspersonal und den Mannschaften selbst auferlegt; aber es ist keine Erscheinung zu Tage getreten, die eine Aenderung unbedingt notwendig macht. (Beifall.) Es ist mir auch die Befürchtung entgegengetreten, es läge in der Absicht, die Zahl der Infanteriebataillone wesentlich zu vermehren. Eine Aenderung der Zahl der Infanteriebataillone hat erst in diesem Jahre stattgefunden; es liegen ausreichende Erfahrungen noch nicht vor. Es liegt nicht in der Absicht der Regierung, eine Vermehrung der Zahl der Infanteriebataillone zu beantragen. Derselbe Organisationsplan aber, bei welcher eine Vermehrung notwendig ist, ist die Feldartillerie. (Hört! Hört!)

Herr Dr. Paasche (natl.) polemisiert gegen den Abg. Bebel. Wir verlangen eine gute Volksschule, aber auch eine Schule für die heranwachsende Jugend, und die ist das Militär. Das Geld, was für Militärschulen ausgegeben wird, dient also auch Kulturzwecken. Die Kosten für das Militär werden nicht bloß von den Arbeitern bezahlt. Die indirekten Steuern werden nicht zur Hauptsache von den Arbeitern bezahlt. (Lachen links.) Das Lachen blüht Ihnen nicht, schafft keine Thränen aus der Welt. Es giebt fast ebenso viele Arbeitsgeber wie Arbeiter. (Lachen links.) Sehen Sie doch die Berufsstatistiken nach. Daß die Zuckersteuer nicht nur von den Arbeitern bezahlt wird, werden Sie mir ohne weiteres zugeben, ebenso ist es bei der Branntweinsteuer. Denn daß der Arbeiter den ganzen Schnaps nicht allein trinkt, nehme ich zu seiner Ehre an. Wer trägt denn die Einnahmen bei der Post und den Eisenbahnen? Doch nicht die Arbeiter. Es handelt sich darum, ob sich die Lage des Arbeiters im allgemeinen

gehoben hat. Die theoretischen Berechnungen, wieviel Steuern auf den Kopf des Arbeiters kommen, nähern der Lage des Arbeiters gar nicht. Herr Richter hat sich die Neuperungen des Abg. Bebel's über die progressivste Einkommensteuer zu eigen gemacht. Wir Nationalliberalen haben uns im preussischen Abgeordnetenhause niemals dagegen gewährt. Wir sind bereit, Opfer zu bringen. Die Unternehmer haben aber schon heute Opfer zu bringen. Sie können die Arbeiter nicht entlassen, wenn der Geschäftsgang schlecht ist. (Auf links. Arbeitslose giebt's nicht.) Der kleine Bauer benützt heute schon seine Arbeiter. (Lachen links.) Er muß von früh bis spät arbeiten und weiß nicht, ob seine Arbeit lohnend ist. (Sehr richtig, rechts.) Herr Bebel sagt, ohne die Arbeiter keine Industrie. Gewiß wird das jeder unterschreiben. Ohne Handel und Industrie kein wohlhabender Arbeiterstand. Handel und Wandel kann nicht blühen ohne die sachkundige Leitung des Unternehmers. Wenn durch die Flottenvermehrung neues Leben in gewisse Industriezweige kommen sollte, wird es sicherlich am meisten der arbeitenden Klasse zu gute kommen.

Herr Richter spricht immer von einem Fiasco des Börsengesetzes und Zuckersteuer-Gesetzes. Von einem Fiasco der agrarischen Gesetzgebung ist keine Rede. Das Börsengesetz führt eine vernünftige Interessenvertretung durch, die der Gesamtheit zu gute kommt. Herr Bebel klagt über die Lage der Konfektionsarbeiterinnen. An Dienstmädchen und an Landarbeiterinnen ist aber Mangel, obwohl sie höhere Löhne und die Verpflegung dazu bekommen. Die Arbeiterinnen wollen das vergnügte Leben der Großstadt führen und frei sein. Daher der Mangel auf dem Lande. Was die Sozialreform betrifft, so habe ich im Namen meiner Fraktion zu erklären, daß wir ihrer bekommen und ruhigen Weiterführung nach wie vor unsere Kräfte zur Verfügung stellen. Das beweist schon unser Initiativentwurf. Aber das, was Graf Posadowsky über die Sozialreform gesagt hat, ist vollkommen richtig. Nach einer Abweisung des Nordost'schen Standpunktes in der Währungsfrage fährt Redner fort: Die Befürchtung, daß die Finanzreform den Particularismus stärken würde, theile ich nicht.

Erstlich ist im Etat die Vermehrung der Posten für Kulturzwecke, z. B. zur Förderung der Hochschulforschung, zur Weiterbildung an der Pariser Weltausstellung und zu der Verbesserung der Mannschafstest. Der Zucker muß Volksnahrungsmittel werden, das geschieht am einfachsten dadurch, daß wir unsere Soldaten an Zuckergenuß gewöhnen. Das Volk soll zum Zucker, statt zum Branntwein greifen.

Kann nicht von der Reichs-Eisenbahnverwaltung etwas gethan werden, um die Eisenbahnstöße, die eine tiefe Erregung im Volke hervorgerufen haben, zu vermindern? Vielleicht empfiehlt sich eine Befestigung der Beamten des äußeren Dienstes. Es muß weiter geprüft werden, ob das Material genügt und ob die Beamten genügend vorbereitet sind. Darüber wird die Spezialberatung weitere Aufklärung bringen.

Auf dem Gebiete der Handelspolitik steht im Vordergrund die Abschaffung der deutschen Zuckerindustrie durch die amerikanischen Zollmaßnahmen. Wir müssen bewußt sein, das dortige Absatzgebiet zu behaupten und deshalb würde ich es mit Freuden begrüßen, wenn die Hoffnung des Schatzkammersekretärs sich verwirklichte und es zu einer Einigung der Länder über die Aufhebung der Zuckerprämien käme. Weiterhin müssen wir dann in ein festes Vertragsverhältnis zu Amerika zu kommen suchen, bei dem sowohl die Industrie wie die Landwirtschaft auf ihre Rechnung kommt. Hier könnte der wirtschaftliche Ausschuss zunächst eine Rolle spielen. In der Kritik der Zusammensetzung dieses Ausschusses gebe ich der Linken recht. Es wäre richtig, wenn alle Bevölkerungsklassen darin ihre Vertretung fänden.

Eine Postreform, wie sie von dem jetzigen Staatssekretär des Reichs-Postamts energisch in die Hand genommen zu sein scheint, entspricht den Wünschen des Hauses. Die hohen Telegraphengebühren verhindern die Ausbreitung des Telephons in ländlichen Distrikten. — Daß die Zollkuriositäten beseitigt werden sollen, das unsere volle Billigung. — Der Herr Staatssekretär wird für seinen übersichtlich gehaltenen Etat in der Budgetkommission wohlwollendes Entgegenkommen finden, wenn auch einige Wünsche des Hauses dort zum Ausdruck kommen werden und versucht werden wird, die finanzielle Lage durch einige Abstriche noch zu verbessern. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky: Der Abgeordnete Richter hat gefragt: Wie stehen unsere Verhandlungen mit England und mit Amerika. Die Grundlagen für diese Verhandlungen sind festgelegt und mit der weiteren Führung der Besprechungen ist lediglich das Auswärtige Amt betraut. So lange diese Verhandlungen noch schweben, entziehen sie sich der öffentlichen Mittheilung. Der Abg. Richter hat auch die Frage der Aufschmäkung des Reichstags-Gebäudes gestreift. In diesem Etat sind zwei Posten dafür eingelegt von 300 000 und von 100 000 M. Beide Posten sind eingelegt auf Grund von Beschlüssen der Reichstags-Baukommission und es wird über ihre Verwendung ohne weiteres zu einer Verständigung kommen.

Der Abg. Richter hat ferner den wirtschaftlichen Ausschuss wegen seiner Zusammensetzung einer Kritik unterzogen. Der wirtschaftliche Ausschuss soll ein engeres, geschäftsführendes Gremium (Komitee) von Sachverständigen sein, das der Regierung in allen handelspolitischen Fragen an die Hand geht. Selbstverständlich kann eine Versammlung von 30 Mitgliedern nicht die unendliche Mannigfaltigkeit des deutschen Erwerbslebens umfassen. Sie soll ja aber auch nur die sachverständigen Grundsätze für den allgemeinen Arbeitsplan ausarbeiten. Ueber alle Spezialfragen sollen Sachverständige gebildet und zu ihrer Beratung kooperiert werden. Durch diese Sachverständigen werden alle Wünsche der Industrie, die in dem Ausschuss nicht vertreten sind, und auch des Handwerks erfüllt werden. Soviel der Reichskanzler nicht vorgehen, als daß er durch hervorragende Sachverständige alle Fragen technischer Natur vorher durchberathen läßt. Der Abg. Richter fragt: Was thun die Herren im Ausschuss? Ich will Ihnen ein kurzes Bild ihrer Thätigkeit geben. Will man die wirtschaftliche Schwere einer einzelnen Zollposition erkennen, so muß man vorher wissen, wie groß die Produktion des betr. Artikels ist, wie hoch sich die Herstellungskosten belaufen, wie groß die auswärtige Produktion ist, in wie weit wir mit der fremden Produktion konkurriren können, wie hoch die Zölle sein müssen, um unsere Produktion zu schützen und wie hoch die Zölle des Auslandes gehen können, wenn uns noch ein Ueberschuß bleiben soll. Eine Produktions-Statistik umfassender Art ist also die erste Aufgabe des Ausschusses. An die deutsche Industrie und die deutsche Landwirtschaft sollen Fragebogen versandt werden, und zwar für jeden Produktionszweig verschieden. Diese Fragebogen müssen erst Sachverständigen zur Begutachtung vorgelegt werden. Dann muß berathen werden, auf welchem Wege wahrheitsliebende Antworten zu erhalten sind. Die Antworten müssen dann wieder von Sachverständigen und Fachkommissionen gesichtet und geprüft werden, ein ungeheures Material. Die Arbeit wird Jahre in Anspruch nehmen. Ein ganzes handelspolitisches Bureau ist im Reichamt des Innern gebildet worden. Allein die Aufstellung des Fragebogens für die Textilindustrie hat die eingehendsten Verhandlungen nötig gemacht. Dann kommt die zweite Aufgabe heran: Die Aufstellung eines deutschen Zolltarifs!

Die Aufstellung eines neuen Zolltarifs ist die absolute Vorbedingung für den Abschluß neuer Handelsverträge. (Sehr richtig! rechts.) Der alte Zolltarif stammt aus dem Jahre 1880, seitdem hat sich die Industrie namentlich in technischer Beziehung sehr verändert, denken Sie doch z. B. nur an die chemische Industrie. Darin liegt ja auch unsere Chance für die Abschließung eines günstigen Vertrages, daß

wir möglichst spezialisiren. Das ist aber eine ungeheure Arbeit, und erst wenn wir uns über alle die hundert technischen Einzelfragen geeinigt haben, können die Zollsätze in das aufgestellte Schema hineingeschrieben werden. Dann erst können die Zollsätze zum Gegenstand von Verhandlungen im Bundesrat gemacht werden und vor das hohe Haus gelangen. Die Zeit des wirtschaftlichen Ausschusses ist sehr stark in Anspruch genommen. Man wird das leicht ermessen können, wenn man berücksichtigt, wie viele Handelsverträge im Jahre 1904 ablaufen. Der wirtschaftliche Ausschuss wird zahlreiche Gutachten abgeben müssen. Ich meine also, die Frage, was hat der wirtschaftliche Ausschuss eigentlich zu thun, ist in weitgehender Weise beantwortet. Es wird von dem Ausschuss ein großes Maß von Sachverständigkeit und Selbsterleuchtung verlangt, um diese Jahre lange Arbeit zu fördern. Man hat uns Vorwürfe daraus gemacht, daß wir nicht Kleinindustrielle, Handwerker und Arbeiter in den Ausschuss berufen haben. Es ist doch aber klar, daß wir hier, wo es sich um die weit aussehenden Fragen des internationalen Verkehrs handelt, nur Sachverständige gebrauchen können. Soweit diese Herren natürlich an den Fragen theilhaftig sind, werden sie auch gehört werden. Neulich waren Handwerker bei mir, die mir sagten, daß sie nicht mehr konkurriren könnten, weil Thüren und Fenster jetzt fertig aus Amerika kämen. In solchen Fragen werden wir sie hören. Wir werden auch vielleicht Arbeiter hören. Wenn es sich darum handelt, zu erfahren, wie hoch die Produktionskosten von Waaren sind, woraus die Rohstoffe bestehen, wie hoch der Rohstoff dem Fabrikanten kommt, für solche Fragen sind Arbeiter nötig. Es handelt sich hier doch um eine ernste Arbeit. Wir können doch kein Plebiszit veranstalten und aus populären Weisheitsbedürfnis eine Zusammenkunft des Ausschusses beschwören, die der Aufgabe gar nicht gewachsen wäre. Wie man die Konsumenten zu Rathe ziehen soll, verstehe ich nicht. Wie sollen die Konsumenten von Konserven und Konfitüren Einfluß auf die Zollsätze eingeräumt erhalten, welches Interesse sollen wir ihnen an den Zollätzen für Konserven und Konfitüren zugestehen. Es ist eine schwere Aufgabe bis zum Abschluß der neuen Verträge zu bewältigen. Sorgen wir dafür, daß, wenn wir ans Werk gehen, wir ein Personal besitzen, das auf der Höhe technischen Verständnisses steht. Es handelt sich vorläufig nicht um Maximaltarif oder andere Anschauungen, sondern um rein objektive Informationen. Freilich einen autonomen Tarif müssen wir schon als Grundlage für die Verhandlungen haben. Auch die Landwirtschaft mußte im wirtschaftlichen Ausschuss vertreten sein, angesichts der großen landwirtschaftlichen Bewegung, die jetzt durch das Land geht und von der man wohl sagen kann: Wo Rauch ist, muß auch Feuer sein. Sie konnte nicht übergangen werden. Es muß ruhig und ganz objektiv geprüft werden, ob die Forderungen der Landwirtschaft berechtigt und in der gegenwärtigen Zeit mit den berechtigten Ansprüchen anderer Erwerbszweige verträglich sind. (Beifall rechts.) Stellt sich dann heraus, daß ihre Interessen nicht genügend gewahrt sind, so wird man der Landwirtschaft einen höheren Schutz gewähren müssen. (Wah! links; Beifall rechts.) Ja, meine Herren (nach links), wollen Sie uns denn eine Prüfung der landwirtschaftlichen Verhältnisse verweigern? Die Landwirtschaft beträgt 35 pCt. innerhalb der gesammten Produktion, eine solche große Gruppe können wir bei der Prüfung doch nicht übergehen. Das würde doch nicht Grundfächen ausgleichender Gerechtigkeit widersprechen. Ausgleichende Gerechtigkeit aber ist es, der Landwirtschaft den Schutz zu gewähren, den sie benötigt zur Erhaltung ihrer Existenz und der ihr aus politischen und volkswirtschaftlichen Gründen gebührt.

Nun noch ein paar Worte zur Zuckersteuer. Abg. Richter hat gesagt, Herr v. Zhielmann hat das Zuckersteuergesetz des Grafen Posadowsky schon über Bord geworfen. Das hat mein Amtsnachfolger nicht gesagt und konnte er nicht sagen. Ich halte es für ungerecht, über ein Gesetz, das erst 1 1/2 Jahre besteht, schon ein abschließendes Urtheil fällen zu wollen. Mein Amtsnachfolger hat gesagt, es hätten sich nicht alle Erwartungen des Zuckersteuergesetzes erfüllt und darin hatte er Recht. Das konnte es nicht, weil Erwartungen darauf geknüpft wurden, die nicht erfüllt werden konnten. Die Hauptfrage war, für die Industrie bei dem immerhin wachsenden Nebenbau Absatzstellen zu finden. Es sind im letzten Betriebsjahr 178 Tons Zucker mehr ausgeführt worden als im vorhergehenden Betriebsjahr. Auf diesem Wege haben wir eine Aussicht, daß die Zuckerprämien abgeschafft werden, und ich würde mich herzlich freuen und nichts mehr wünschen, als daß dieses Ziel erreicht wird. Darin wird das ganze Haus mit mir übereinstimmen.

Auf Herrn Richters Bemerkungen über die Erhöhung der Repräsentationsliste des Herrn Reichskanzlers, die nicht vorhergesehen sei, bemerke ich nur: Ich begreife nicht, wie er eine solche Neuerung thun kann, nachdem er den Vorgängen beigewohnt hat, die sich in der Sitzung der Budgetkommission des vorigen Jahres abgespielt haben. (Beifall.)

Abg. Zimmermann (natl.): Die eben gehaltenen Ausführungen des Staatssekretärs werden bei einem großen Theil dieses Hauses und auch außerhalb lebhafter Zustimmung finden. Wir freuen uns, daß in den volkswirtschaftlichen Ausschuss mehr Sachverständige, auch Handwerker und Kleinindustrielle berufen werden sollen. Wir möchten wünschen, daß die Sachverständigen das nächste Mal etwas besser orientirt sind, als beim Abschluß der Handelsverträge, namentlich Oesterreich gegenüber. Wenn sie nur so gut orientirt sein werden, wie die in Wien es gewesen sind. — Es war eine Uebersetzung für uns, daß Bebel als Vertreter der Landwirtschaft aufgetreten ist, daß er sie mit allen legitimen Mitteln zu unterstützen bereit sei. Aber die Mittel, die er zuläßt, sind gerade solche, die nur darauf hinauslaufen, das Getreide dem Konsumenten möglichst billig vor die Nase zu setzen. Das einzige, die Zölle, die dem Bauer helfen können, lehnt er ab. Die Bauern im Lande werden wenig erbaut darüber sein. Er ärgerte sein Bedauern, daß wir nicht die nötigen Mittel zur Verfügung hätten, die Moorländer urbar zu machen. Ich bezweifle, daß bei diesen Anschauungen seine Partei hinter ihm steht. Ihr Programm fordert die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden, ein planmäßiges Hinarbeiten auf die Proletarisierung der Massen, und besonders in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ wird ebenso wie von Kautsky dieser Standpunkt stets betont. Der Kleinbetrieb nimmt in der Landwirtschaft nicht ab, das lehrt wieder die Veranschaulichung von 1895. Und wenn es sich um dessen Unterstützung handelt, wird, so bezweifle ich, daß diese Anschauungen des Abg. Bebel von seiner Partei praktisch bekräftigt werden. — Ich lege im Namen des ehelichen Handwerks Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß die Bäckermeister direct aufgefordert wären, der Weibde gegenüber falsche Angaben zu machen. (Lachen links.) Was würden die Herren sagen, wenn ich einen solchen Vorwurf gegen die Bäckerstellen erheben würde? — In der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ ist offen angeprochen worden, daß wenn die Bäckermeisterordnung den Erfolg hätte, die Bäckermeister zu ruiniren, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Unseren Vätern ist die Verordnung thatsächlich schon auf die Herzen gefallen. Man hat auch hier wieder ganz allgemein gesagt, der Mittelstand könnte doch nicht mehr konkurriren. Ich stehe nicht etwa auf dem Standpunkt der englischen Streiker, daß arbeitsparende Maschinen nicht eingeführt werden dürfen, aber es ist doch notwendig, dem Handwerk und seiner Organisation möglichst die Vortheile, die es in sich selbst hat, nutzbar zu machen. Es ist mir in dieser Hinsicht unfaßbar, wie ein preussischer General seinen Namen dazu herbeiziehen konnte, eine Zigarre „Pro Patria“ von einer Gesellschaft, an deren Spitze er stand, den preussischen Kontinent

zu empfehlen, sogar mit dem Hinweis, daß es auf allerhöchsten Wunsch geschehen. — Medner kommt des längeren auf die Judenfrage zu sprechen. Die Kernfrage bei dieser ist: Wie können wir das Volk schämen gegen das Ueberwuchern der Juden ganz eigenhändig anhaltenden Charaktereigenschaften? Die Sozialdemokratie freilich muß den Juden freundlich gesinnt sein; denn ihre Fortschritte stehen in Verbindung mit denen des jüdischen Großkapitals, das die Bahn frei macht für die großen Entwickelungstendenzen, die sie ja wünschen. Wären einzelne Juden auch noch so treffliche Charaktereigenschaften haben, wie müssen wir wünschen, daß sie fernbleiben aus unseren Schulen; mögen sie ihre Eigenschaften in den eigenen Häusern entwickeln. Ueberall an der Universität drängen sich die Juden vor, besonders in der medizinischen Fakultät. Und denken Sie doch an die Späterzeiten, die sie sich über unsere Religion erlauben, wie z. B. ein Professor Rosenthal in Erlangen bei einem aufgeregten Pöbel Vergleiche anstellte, die uns im Innersten empören.

Medner kommt zu der Besprechung der Einzelheiten des Etats. Wir bedauern beim Postetat, daß unsere Anträge auf Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten keine Berücksichtigung gefunden haben. Uns wurde, als wir die Petrolumsfrage aufschritten, der Vorwurf gemacht, wir dienten nur agitatorischen Rücksichten. Jetzt, kurz vor den Wahlen, thut das ganze Haus dasselbe. Die National-liberalen wollen bloß die Petroleumhändler schämen, wir die Konsumenten. Gegen das Privatmonopol hilft nach unserer Ansicht nur das Reichsmonopol des Petroleumhandels oder ein Gesetz gegen den Waarenwucher; die Einführung der Spiritusbesteuerung muß von der Regierung gefördert werden. Servieren wir die Millionen, die Deutschland für Beleuchtung ausgiebt, lieber zur Unterstützung der nothleidenden Landwirtschaft, statt sie in die tiefen Taschen amerikanischer Millionäre stecken zu lassen. Für neue indirekte Steuern sind wir nicht zu haben, aber wenn der Abg. Webel sagt, die Arbeiter zahlen alles — wer zahlt denn die Beiträge für die sozialpolitischen Gesetze? Doch die Unternehmer, und darunter sind viele kleine Handwerker, für deren Zukunft nicht so geforgt ist, wie für die des Arbeiters. Die Frage ist in der Staatsdebatte angeschnitten worden: Wie stellen wir uns zu der Lage unserer Volksgenossen im Auslande? Ich meine, das Deutsche Reich sollte auch über sie seine schützende Hand breiten. Graf Hohenhausen freilich meint: was geht uns das an, als ich die Sprachenverordnungen in Böhmen zur Sprache brachte. Uns geht das sehr viel an. Was soll aus dem Bündnis mit Oesterreich werden, wenn das Slaven-, das Czechenthum dort in die Höhe kommt.

Sachsen ist durch Preußen noch übersäht worden; in Berlin ist mit allen Mitteln und Chikanen gearbeitet worden, um die vom Alldeutschen Verbands geplante Sympathie-Kundgebung zu vereiteln. Ist es wahr, daß die sächsische Regierung auf Wunsch der österreichischen Regierung ihre Grenze durch Sendarmen zu sperren bereit war, als der Volkstag in Eger stattfand? Die bayerische Regierung hat eine ähnliche Zustimmung abgelehnt.

Abg. Frhr. v. Hohenberg (Welfe): In neuester Zeit wird von allerhöchster Stelle in die Zeitung der auswärtigen Politik eingegriffen. Trotzdem muß hier unsere auswärtige Politik besprochen werden, wenn es auch Sitte ist, die Person des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen. Freiherr v. Marschall sagte einmal, es sei nicht deutsche Art, Hände zu suchen und Hände zu spinnen. Ich nehme an, daß diese Grundsätze noch heute gelten. Ich will unser Verhältnis zu Oesterreich besprechen. Nach den Enthaltungen der „Nuova Antologia“ sieht es mit dem Dreibund übel aus. Italien will sich zurückziehen. Nun das wäre weiter nicht schlimm. (Widerpruch.) Um so enger ist der Anschluß an Oesterreich. Es kann uns aber nur dann eine Stütze sein, wenn alle gleichberechtigten Völker sich im Bunde entwickeln können. Medner kommt auf die Vester Festlichkeiten und Toaste zu sprechen, die bei dieser Gelegenheit gehalten worden sind. Wenn darin des deutschfeindlichen Kroaten Prinz mit besonderer Bewunderung gedacht worden ist, so berührt das in Deutschland einfach komisch. Die Toaste haben aber das Schlimmere im Gefolge gehabt, daß den Deutschen in Oesterreich dadurch ihre Stellung sehr erschwert worden ist. Die Vester Tage waren also im Großen und Ganzen bedauerlich. Anders steht es mit der vom Abg. Zimmermann angeführten Angelegenheit. Es war ganz richtig, daß die deutsche Regierung es verhindert hat, daß diese amerikanischen landesverrätherischen Deutschen hier ihre Politik nicht fortführen durften. Hier spreche ich der Regierung volles Vertrauen aus. Was uns Hannoveraner anlangt, so gehören wir z. B. zu Preußen und unsere Beschwerden gehören nicht hierher. In den zahlreichen Heereien gegen uns und den Unterdrückungen unserer Gesinnungsgenossen ist der Reichskanzler persönlich gewiß schuldlos, er weiß vielleicht nicht einmal etwas davon. (Singer: Er ist doch preussischer Ministerpräsident. Heiterkeit.)

In Braunschweig sind Offiziere der Reserve gemahregelt worden, weil sie dem vaterländischen Verein angehörten. Von Maßregelungen von Offizieren in Lippe, die vor dem Reichsgericht zum Grafen Lippe-Diesterfeld hielten, hat man nichts gehört. Und doch ist es ganz dasselbe. Die Maßregelung widerspricht dem Gesetze, wonach Personen des Verurtheiltenstandes in ihren Anstellungen frei sind. Es herrscht große Reichsverdrossenheit, besonders fehlt das Vertrauen zu dem leitenden Bundesrat.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Es ist besser, man beschäftigt sich hier nicht mit auswärtiger Politik. Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil ich nicht haben möchte, daß die Angriffe auf den Reichskanzler wegen seines Versprechens in der Vereinsgesetz Angelegenheit aus der Mitte des Hauses unbesprochen bleiben. Die Frage der Aufhebung des Verbindungsverbots wurde zuerst bei Gelegenheit eines diesbezüglichen Antrages Wasser-mann berührt. Die rechte Seite war völlig damit einverstanden, verlangte aber schon damals durch Herrn v. Mantensfel die entsprechenden Korrekte. Auch ich sprach als letzter Medner, ohne daß ich Widerspruch bei der Regierung gefunden hätte, die Hoffnung aus, daß sich die Regierung nicht zu einer einfachen Aufhebung des Verbindungsverbots der Vereine verstehen, sondern sich auf den Standpunkt des Abg. v. Mantensfel stellen werde. Abg. Dausmann sagte dann später in Rücksicht auf die Erklärungen von mir und Herrn v. Mantensfel lege er auf das Versprechen des Reichskanzlers nicht den geringsten Werth. Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers machte es uns erst möglich, für das Bürgerliche Gesetzbuch zu stimmen. Man wollte dieses mit einer möglichst großen Majorität durchbringen, weil man nur dann hoffte, daß es sich einer großen Popularität erfreuen könnte. Abgegeben von einem Theil der Linken, die aus anderen Gründen dagegen stimmten, hätten möglicherweise auch die Konservativen gegen das ganze Gesetz gestimmt; ihre Erklärung war also mindestens ebenso entscheidend wie die des Herrn Reichskanzlers. Nach dem Gang der Dinge konnte kein Mensch darüber im Zweifel sein, daß die Aufhebung des Verbots für Vereine, miteinander in Verbindung zu treten, andere Veränderungen des Gesetzes nöthig machte. (Zuruf von Singer: Kein Mensch glaubte es.) Wenn jemand anderer Ansicht war, so war es seine Schuld. Nun kommt Herr Richter mit einem ganz neuen Argument: Der Herr Reichskanzler habe erklärt, unter allen Umständen würde die Aufhebung des Verbots früher stattfinden, als das Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Das konnte dieser doch nur so verstehen, daß er alles aufbieten würde, daß das Verbot aufgehoben würde. Dieses Versprechen ist in der Vorlage im preussischen Landtag in der redlichsten Weise eingelöst worden. Er war doch außer Stande, das Herrenhaus und Abgeordnetenhaus zu zwingen. Ich hoffe auch mit dem Reichskanzler, daß es möglich sein wird, eine Verständigung zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus herbeizuführen, wenn eine Neuwahl vorgenommen sein wird. Dann wird das Versprechen auch so erfüllt sein. Wenn man der preussischen Regierung einen Vorwurf daraus macht, daß andere Staaten mit der Aufhebung des Verbots vorangegangen sind, so erinnere ich daran, daß diese, z. B. Bayern, Sachsen, Hamburg, Bestimmungen haben, die eine Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit bedeuten, wie wir sie gar nicht kennen. Auch der preussische Landtag würde dagegen sicherlich nichts haben. Wenn ich die Präntension habe, den Reichskanzler zu verteidigen, so bestimmt mich dazu der Umstand, daß Herr

Richter sich über die untergeordneten und höheren Beamten beschwert hat, die sich wenig achtungsvoll über den Reichstag äußern. Sie brauchen sich nicht darüber zu wundern, wenn Herr Richter in einer solchen höhnischen, spöttischen Weise den obersten Beamten des Reiches angreift, in einer Frage, in der dieser durchaus torrett gehandelt hat. — Man hat sich lebhaft über die Empfehlung der Schriften des Pastors Halle beschwert. Diese erscheinen mir durchaus geeignet. Sie stehen auf allgemeinem religiösem, patriotischem Standpunkt, können also auch die Katholiken nicht verletzen, sind aber insofern die besten Gegenschriften gegenüber der Sozialdemokratie. — Wenn man immer behauptet, die bescheidenen Klassen seien nicht zu Opfern für Zwecke, wie die Flotte bereit, so weise ich das entschieden zurück. Ich erinnere auch daran, daß das Herrenhaus und Abgeordnetenhaus über den Kopf der Regierung hinweg die vorgeschlagene, von 8 Pct. ab regressive direkte Steuer in eine progressive verwandelt und dadurch den ärmeren Klassen die Lasten abgenommen haben. Auch in betreff der indirekten Steuern haben sie stets dieses Ziel verfolgt; schon vor 15 Jahren haben wir die drückende Salzsteuer aufgehoben und die Tabaksteuer an deren Stelle setzen wollen. — Es ist doch weiter eine Thatsache, daß durch die günstige Lage der Industrie der Landwirtschaft die Arbeiter entzogen werden. Soll aber die Landwirtschaft ebenfalls hohe Löhne zahlen können, so muß sie unterstützt werden, das heißt, es muß eine erhebliche Erhöhung der Getreidezölle eintreten. Die Industrie ist mehr und mehr zur Erkenntnis gekommen, daß ihre Interessen und die der Landwirtschaft solidarisch sind und daß eine Gruppe die andere unterstützen muß. Wenn ich die Agitationen des Bundes der Landwirthe und die Agitation der Linken Seite vergleiche, so ist mir die der Rechten doch noch lieber, denn die Herren Agrarier sind stets für die Wehrkraft des Vaterlandes eingetreten, die Linke Seite hat aber schon oft Forderungen der Regierung abgelehnt, die für die Lebensfähigkeit des Reiches unbedingt nothwendig waren. (Beifall rechts. Große Unruhe links.)

Staatssekretär Frhr. v. Bälou: Befürchten Sie kein diplomatisches Uebel mit dem Abg. Frhr. v. Hohenberg. Ich will nur sagen: Die Besorgnisse des Frhr. v. Hohenberg, als ob der Dreibund irgendwie erschüttert wäre, sind unbegründet. Der Dreibund erfreut sich des besten Wohlseins, unsere Beziehungen zu Oesterreich und Italien sind die denkbar besten und die Vester Tage haben diese Freundschaft noch konsolidirt. (Beifall rechts.) Wie wir über interne Angelegenheiten des Auslandes denken, ist Privatsache. Gedanken sind zollfrei und Gefühle auch. Wenn aber dem Gefühl öffentlicher Anspruchs verliehen wird, so wird Mäßigung zur Pflicht und diese Pflicht wird um so größer sein, je bedeutsamer die Stelle ist, von der man öffentlich diesen Gefühlen Ausdruck giebt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir würden es nicht dulden, daß eine fremde Regierung sich in unsere inneren Angelegenheiten mischt. Verlangen wir aber dieses torrette Verhalten, so müssen wir es auch anderen gegenüber beobachten. Wir können das um so eher, als das uns befreundete Oesterreich-Ungarn einen Herrscher an der Spitze hat, zu dessen Weisheit alle seine Völker mit gleichmäßigem Vertrauen aufblicken können. (Beifall rechts. Abg. Singer ruft: Graf Sisy im ungarischen Reichsrath.) Die Debatte wird hierauf vertagt. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Tagesordnung: 1. Schlenker Antrag Richter auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Pachtold; 2. Fortsetzung der Staatsberatung; 3. Erste Lesung der Militär-Strafprozess-Reform.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Kommunales.

Bezüglich der vielbesprochenen Konsistorial-Ordnung von 1873 hat neuerdings das hiesige Landgericht in dem Prozesse der Stadtgemeinde Berlin gegen die Simeons-Gemeinde, im Gegenseite gegen die Entscheidung des Kammergerichts und des Reichsgerichts im Prozesse der Stadt mit der Johannis-Georgs-Gemeinde, dahin entschieden, daß die Konsistorial-Ordnung von 1873 eine Verpflichtung der politischen Gemeinde zu Kirchbauten überhaupt nicht ausgesprochen habe. Zugleich ist auf Zurückzahlung der infolge Resolution des Polizeipräsidenten von der Stadtgemeinde Berlin gezahlten 100 000 M. erkannt worden.

In der gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirchner stattgehabten Sitzung der Verkehrs-Deputation wurde beschlossen, die Ausschreibung der neuen Straßenbahnlinien, welche in einem bereits mitgetheilten allgemeinen Plan verzeichnet sind, und die Feststellung der Normativbestimmungen für dieselben auszuschreiben und im Gemeindeblatt zu veröffentlichen. Die Gebote müssen bis zum 15. März nächsten Jahres erfolgen. Der Abschluß der Verträge mit der Grundbesitzer- und Bau-Gesellschaft, dem Berliner Dampfstraßenbahn-Konkordatium und dem Konkordatium der sächsischen Vorortbahn wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt. Ein Antrag des Ingenieurs Jümmelberg, betreffend die Ausführung einer Tiefbahn-Probefahrt wurde abgelehnt. Zugleich lehnte die Deputation den Antrag des Schlesischen Thor-Vejrtvereins wegen Anlegung einer Dampf-Anstalt im Zuge der Bevern- resp. Pfuelstraße ab und soll den Gesellschaften überlassen werden, solche Anstalten selbst zu bauen.

Kokales.

Im Warteaal vierter Klasse. Trotz der vorgerückten Jahreszeit ziehen immer noch große Scharen „Sachseugänger“ in ihre Heimath zurück, und Reichsland zurück, als Zeichen, daß auch die Landwirtschaft in dem Zeitalter des Verkehrs die Menschen nicht mehr an die Scholle bindet, sondern sie im Gegentheil noch unseßhafter macht, als die Industrie. Denn die Industrie zieht wohl die Bevölkerung nach bestimmten Punkten, läßt sie aber im Durchschnitt dort ansäßig werden, während die Landwirtschaft viele Tausende wieder in den Zustand des Nomadenthums versetzt, so daß wir alljährlich, im Frühjahr und im Spätherbst, so bestimmt wie Ebbe und Fluth des Meeres, die Wanderungen der Sachseugänger erleben. Denn die Landwirtschaft weilt mit den vielen „Händen“ im Winter nichts anzufangen und der Boden, der ihnen im Sommer einen großen Verdienst giebt, ist ihnen im Winter, wenn sie, wie die Hamster, von dem Leben sollen, was sie im Sommer gesammelt haben, viel zu theuer. So treibt sie denn der Jng zur Mutter Erde, zur Heimath, der sich als ein wesentlich ökonomischer Jng darstellt, in ihre östlichen Winterquartiere. Und wenn in diesem Jahre die Scharen der Sachseugänger kein Ende nehmen, so mag das daran liegen, daß ihre Verwendung sich stetig steigert, denn der patriotische Landwirth denkt zuerst an seinen Geldbeutel und dann an seinen Patriotismus.

Wer einen Keinen Begriff davon haben will, wie diese ackerbauenden Nomaden leben, kann sie jetzt täglich im Warteaal vierter Klasse des Schlesischen Bahnhofes beobachten. Der große Haufe ist dicht besetzt mit Personen hohen Alters. Die Frauen sind alle in den kurzen Röcken und weiten Säcken gekleidet, die bei der Landbearbeitung nothwendig sind. Am die Köpfe haben sie zusammengelegte bunte Tücher geschlungen. Die Männer tragen ihr dickeres Kleidzeug und die größte Mehrzahl hat lange Schafstiefel. Ihre Dab und Gut steht in bunten Säcken und Kisten wild umher. Viele, namentlich Kinder, lehnen sich schlafend dagegen und schnarchen laut, den Kopf in den getrockneten Armen auf dem Tisch. Andere essen — trocken Brot, das sie brockenweise von einem großen Stück abbrechen und in den Mund schieben. Einige trinken Bier, aber in der Nähe des Schänklisches stehen Gruppen, die sich am Kartoffelschnaps laben. Fast alle Männer rauchen. Dem Eintretenden schlingt ein schwarzer Dunst von Schweiß, Schnapsgeruch und Tabacksqualm entgegen. Des-abends herrscht eine Lust, das man erfragen muß über die Menschen, die diese athmen können, und sich fragt, warum hier keine bessere Luft geschaffen wird. Der Warteaal könnte sehr gut vergrößert werden, denn in dem der ersten Klasse sieht man nur selten Gäste. Diese Warteale sind gewissermaßen Symbole: In dem der

ersten Klasse zwei oder drei Reisende beim Wein und echten Bier, einen Raum von vielen Kubikmetern Inhalt für sich — in dem der vierten Klasse die „Hände“ in vielen Hunderten zusammengepackt, für jeden Menschen nur soviel Luft, daß er nicht erstickt.

Die Knechte „Hände“ sind am bedürftigsten, wenn sie nicht seßhaft sind — die Herren „Köpfe“ bleiben stets dieselben Anspruchs-vollen.

Auch ein Dementi. Zu dem skandalösen Vorfall der Sistrung und sittenpolizeilichen Untersuchung eines anständigen Mädchens, der in der gesammten Presse lebhaft erörtert wurde, nimmt jetzt auch das königliche Polizeipräsidium das Wort. Es theilt mit: „Anlässlich eines Spezialfalles haben in den letzten Tagen fast sämtliche hiesige Zeitungen heftige Angriffe gegen die Berliner Sittenpolizei gerichtet und die Behauptung aufgestellt, daß es einem durchaus unbescholtenen Mädchen passiren könne, einer ärztlichen Untersuchung zwangsweise unterzogen zu werden. Demgegenüber kann mit aller Bestimmtheit versichert werden, daß ein derartiges Vorkommniß völlig unmöglich ist. Die wegen Verdachts der Gewerbsunacht (§ 361 Nr. 6 Reichs-Strafgesetzbuch) der Sittenpolizei zum ersten Male eingelieferten und derselben noch nicht bekannten weiblichen Personen werden einer ärztlichen Untersuchung niemals und unter keinen Umständen unterzogen, wenn sie selbst in Abrede stellen, anserhlich geschlechtlichen Verkehr gehabt zu haben. Auch diejenigen erstmalig eingelieferten weiblichen Personen, welche solchen Verkehr zugeben, werden im Falle der Weigerung nicht einer ärztlichen Zwangsuntersuchung unterworfen, sondern es wird ihnen nur aufgegeben, binnen einer bestimmten Frist ein ärztliches Attest über ihren Gesundheitszustand einzubringen. Nach diesen Grundsätzen ist von der Berliner Sittenpolizei in allen Fällen verfahren worden, und auch in dem eingangs erwähnten Falle, welcher der Presse den Anlaß zu ihren vielfachen Angriffen gegeben hat. Die Erörterung der Frage, ob bei der Einlieferung des in Rede stehenden Mädchens ein Ver-schulden eines Polizeibeamten vorliegt, kann erst nach Eingang der gerichtlichen Akten zum Abschluß gebracht werden.“

Was soll dieser Rechtfertigungsversuch? In der Verhandlung über den in betracht kommenden Beleidigungsprozess (Siehe 283 unferes Blattes) ist übereinstimmend von allen Zeitungen berichtet worden, daß die beschimpfte junge Dame vor dem Wachtmeister belüchert habe, „sie sei anständiger Leute Kind“. Trotz alledem mußte sie sich wie gerichtlich festgestellt wurde, einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen. Will das Polizeipräsidium sich an Worte klammern und andeuten, daß die Sistrung nicht ausdrücklich bestritten habe, „anferhlich geschlechtlichen Verkehr gehabt zu haben?“ Oder will das Polizeipräsidium sogar sagen, daß die gerichtlichen Feststellungen falsch waren? Weitere Aufklärung thut dringend noth, wenn das beunruhigte Publikum nicht mit noch größerem Miß-trauen erfüllt werden soll.

9535 Studirende zählt nach dem gestern angegegebenen Personal-verzeichniß die Berliner Universität im gegenwärtigen Winterhalbjahr. Am stärksten ist die philosophische Fakultät; sie umfaßt 2150 Kommilitonen. An zweiter Stelle steht die juristische Fakultät mit 1084 Studirenden; es folgen die medizinische mit 1069, die theologische mit 441. Zum Hören der Vorlesungen sind weiterhin noch 4496 Personen berechtigt, so daß die Gesamtzahl 10 431 beträgt. Es ist allerdings zu bemerken, daß thatsächlich von den Berechtigten nur ein Theil Vorlesungen hört; im letzten Sommer waren es 648 von 4003. Unter den vom Rektor zugelassenen Personen befinden sich für das laufende Winterhalbjahr 431 Männer und 172 Frauen.

Eine Protestkundgebung gegen die neuesten Beschlüsse der Generalsynode hinsichtlich der Einschränkung der Aufsichtsberechtigten am Sonnabend, der Beschränkung der Tanzvergünstigungen überhaupt und der Verschärfung der Vorschriften für Gast- und Schankwirtschaften veranfaßte gestern der Verein der Saalbesitzer Berlins und der Umgegend. Von sämtlichen Rednern wurde betont, daß eine Durchführung dieser Beschlüsse oder eine auch nur theilweise Verwirklichung der von der Synode gegebenen Anregungen für den gesammten Gastwirthschaftsstand, besonders aber für die Saalbesitzer, deren Haupt-Einnahmequelle der Sonnabend sei, schwere Schädigungen im Gefolge haben müßte. Man gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich die Sonnabend-Festlichkeiten, die nun einmal im Volksleben fest eingebürgert seien, selbst durch die strengsten Polizeivorschriften nicht ausrotten ließen und höchstens der behördlichen Kontrolle durch Ver-anstaltung in privaten Räumen entzogen würden. Man beschloß, den Vorstand zu beauftragen, gemeinsam mit den übrigen Gastwirthschaftsvereinen und den sonstigen Interessenten geeignete Schritte gegen die Synodalbeschlüsse einzuleiten. Es sollen bereits in nächster Zeit Protestversammlungen sämtlicher Gastwirth Berlins und der Vororte in verschiedenen Stadttheilen einberufen und die öffentliche Meinung gegen die, das gesammte Vereinsleben einengenden Beschlüsse der Synode mobil gemacht werden. Ein gemeinsames Vorgehen mit den Innungen wurde abgelehnt, obwohl sich der Innungsausschuß gleichfalls gegen die Pläne der Synode ausgesprochen hat.

Das Goethe-Theater. Es wird berichtet: Intendant Prash bat von seinem Rechte Gebrauch gemacht und die Pachtung des Goethe-Theaters aufgekündigt. Seine Pachtzeit hört danach mit dem 1. Juni 1898 auf. Als Grund hat Intendant Prash angegeben, daß ihn weder künstlerische noch finanzielle Erwägungen, sondern lediglich die unergonomischen Verhältnisse des Theatergrundstücks und dessen Verwaltung zu diesem Entschlusse genöthigt haben. Das Grundstück „Goethe-Theater“ nebst der anliegenden Wohnhausgruppe zc. ist übrigens soeben auf dem Wege freihändiger Veräußerung in den Besitz des Herrn Hermann Gehring (Magdeburg) und Herrn Kunst-maler W. Dyrrol übergegangen. Daß dieser Besitzwechsel zunächst an den künstlerischen Verhältnissen und der Leitung des Goethe-Theaters nichts ändern würde, hatte man noch kurz zuvor mitgetheilt.

Untersuchung von ausländischem Schweinefleisch. Das Polizeipräsidium giebt bekannt: Unter Bezugnahme auf die Polizeiverordnung vom 10. August 1894, betreffend die Untersuchung von ausländischem Speck und Schinken, sowie die Bekanntmachung vom 22. November 1896 wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur diejenigen der von Hamburg eingeführten ausländischen Schweinefleisch-Waaren als vorgeschriebenmäßig unter-suchungsfähig angesehen werden, welche in einer Hamburger Unter-suchungsstation untersucht und mit den dazugehörigen vorgeschriebenen Brand- und Farbentempeln versehen sind. Für die im Hamburger Freihafengebiet untersuchten ausländischen Schweinefleisch-Waaren, die nur mit einem dem Namen eines Fleischbeschaues aufweisenden Farbentempel und in der Regel mit einer durch Brand-farbe zc. befestigten, Angaben über die Untersuchung und die Unterschrift eines Fleischbeschaues enthaltenden Karte versehen sind, ist die vorgeschriebene Anmeldung bei dem hiesigen sächsischen Fleisch-schau-Beamt, sowie die Untersuchung und Abstempelung durch letzteren unerlässlich.

In peinlichen Anstrichen kam es gestern Abend im Olympia-Theater. Als die Vorstellung beendet war, sollte einem Theile des Staffierpersonals die Gage ausbezahlt werden. Diese ist nicht gerade sehr hoch; fünfzig baare Pfennige werden jedem Staffier pro Abend bewilligt. Nun waren diese Mitwirkenden der Meinung, daß ihnen der Normallohn auch für die Proben gelomme, und so verlangten sie denn statt der 450 M., die ihnen für ihre bisherigen Leistungen gegeben wurden, fast die doppelte Summe. Als die Direktoren erklärten, daß es bei dem ausgezahlten Betrage sein Bewenden habe, erhob sich ein Tumult, und unter lebhaften Ver-wünschungen gingen die Staffier auseinander.

In der Woche vor Weihnachten wird die Plenarsitzung der Stadtverordneten-Versammlung ausfallen und in der Woche vor Neujahr an stelle der Donnerstags-Sitzung am Mittwoch, 29. Dezember eine Erhaltungssitzung stattfinden.

Die Eröffnung der ersten Woche der Rettungsgesellschaft (Rettungswache) wurde gestern Mittag um 12 Uhr in der Zister-burgstr. 20 durch Professor v. Bergmann vollzogen.

Nothheitsverbrechen. Verhaftet wurde der 18 jährige Arbeitsbursche J. aus der Neuen Winterfeldstraße, weil er seinem eigenen Vater mit dem Taschmesser eine klaffende Kopfwunde beigebracht hatte. Erst vor kurzem war er aus dem Gefängnis zurückgeführt, wo er wegen Bedrohung seiner Mutter mit einem Beile drei Monate abhauen mußte.

Durch den Ausschlag eines Pferdes wurde Dienstag Morgen in der achten Stunde der 32 Jahre alte Kutscher Hermann Godang, der bei dem Fuhrherrn Veit in der Karstr. 42/43 in Stellung ist, schwer verletzt. Als man den Schwerverletzten in ein Krankenhaus brachte, war er noch nicht wieder zu Besinnung gekommen.

Wenn der Arbeiter alt wird. Am Rande des Grabes hat der 63 Jahre alte Arbeiter Georg Hole aus der Lankstr. 40 Hand an sich gelegt. Dole war zuletzt bei der städtischen Paroldepotation beschäftigt, hatte aber seit drei Monaten keine Arbeit mehr. Es bedrückte ihn nun, daß er seinem Sohne, einem verheirateten Steinseher, bei dem er wohnte, zur Last fallen mußte. In den letzten vierzehn Tagen wurde er von Tag zu Tag schwermüthiger. Am Dienstag Morgen fand ihn die Schwiegermutter, die ihn Kaffee bringen wollte, als Leiche am Thürpfosten hängen.

Ein Diebstahl. Bezüglich einer aus einem hiesigen Komptoir entwendeten goldenen Herren-Kemontoiruhr, auf deren Ermittlung die hohe Belohnung von 1000 M. ausgesetzt war, weil dem Chef viel daran lag, zu erfahren, ob der Thäter sich unter seinem Personal befindet, ist jetzt ermittelt worden, daß sie bei einem Pfandleiher für 40 M. verpfändet ist, obwohl sie einen Werth von 1800 M. hat. Thäter ist ein im Komptoir beschäftigt gewesener Kaufbursche, welcher den Diebstahl eingeräumt und ferner zugestanden hat, daß er seit August d. J. mehrfach aus dem verschlossenen Schreibstisch des Komptoirpersonals Geldbeträge bis zur Höhe von 200 M. im Einzelstake entwendet hat. Der Dieb ist der hiesigen Staatsanwaltschaft I vorgeführt worden.

Von einem Bierwagen wurde Montag Nachmittag der drei Jahre alte Sohn Richard des Buchbinders Wachner aus der Waldemarstr. 45 am Nachbarhause Nr. 87 todtesfahren. Der Führer des Wagens wurde festgestellt als ein Kutscher Gustav Häusch aus der Höchstr. 31. Die Schuldfrage bedarf noch der Untersuchung.

Vermiist. Seit dem 22. v. M. ist der 29 Jahre alte Schlosser Karl Bagla aus der elderischen Wohnung, Hufstr. 68 II, verschwunden. Er ist ca 1.64 Meter groß, hat ein rundes volles Gesicht, schwarzes Kopfhaar und ebensolchen Schnurrbart und war bekleidet mit schwarzem Anzug und rundem feisen Hüls, braunem Winterüberzieher und Zugschuhen. Es wird befürchtet, daß der Vermißte sich ein Leid angethan hat. Die Angehörigen bitten jeden, der Nachricht geben kann, um Mittheilung.

Feuerbericht. Montag nachmittags 6 Uhr erfolgte Brunnensfrage 88 ein Gardinenbrand. Kurz vorher war Vorhängefrage 41 ein Zimmerbrand, bei dem verschiedene Möbel vernichtet wurden. Dienstag früh 7 1/2 Uhr wurde die Wehr nach Falkoniergasse 5 gerufen, wo auf eigenthümliche Weise ein Bett in Brand gerathen war, bei dem der Eigentümer in Gefahr war, zu verbrannt zu werden; letzterer hatte die brennende Lampe auf den Tisch in die Nähe des Bettes gestellt und sich schlafen gelegt. Der Stubenbube hatte die Lampe umgeworfen und dadurch das Bett in Brand gesetzt. Glücklicherweise erwachte der Schlaftrunk noch rechtzeitig. Die alarmirte Wehr konnte die Feuergefahr schnell beseitigen. Um 10 1/2 Uhr war Stargarderstr. 78 Theater übergeköhlt. Nachmittags 5 Uhr brannte Kasanians-Allee 2 der Inhalt eines Schaufensters aus. Zu gleicher Zeit mußte Elsfasserstr. 79 ein Gardinenbrand beseitigt werden.

Theater. Für die am Sonnabend im Schiller-Theater stattfindende Kinder-Vorstellung wurden besonders ermäßigte Preise angelegt. Zur Aufführung kommt „Der verwunschene Prinz“ in Verbindung mit dem Weihnachtsstück „Heimglück“ mit den Damen Wammosina, Werner, Bornmann und den Herren Steinmann, Hofbau, Dahlen in den Hauptrollen. Wiederholungen von „Angenaraber's Heimglück“ haben noch heute und morgen statt. Die heutige Wohlthätigkeits-Vorstellung von „Diphlos“ mit Waldert Matlowitz im Rollen-Theater beginnt um 8 Uhr. „Christkind“, ein Weihnachtsmärchen mit Gesang von Maria Günther Branner, geht am Sonntag im Oden-Theater zum ersten Male in Szene. Die Sonntags-Nachmittags-Vorstellung fällt auch für diesen Sonntag aus und beginnt die Abendvorstellung um 8 Uhr.

Aus den Nachbarorten.

Was ein Restaurant im Grunewald einbringt. Zum Zwecke der Verpachtung der Gastwirthschaft zu Hundelehe im Grunewald auf die Zeit vom 1. März 1898 bis 1916 fand am Sonnabend in Potsdam ein Bietungstermin statt. Es wurden in der Verhandlung nur mündliche Gebote von solchen Personen entgegengenommen, die den Besitz eines verfügbaren Vermögens von mindestens 30 000 M. und die Befähigung zur Leitung eines größeren Gastwirthschaftsbetriebes nachgewiesen hatten. Der Zuschlag wurde noch nicht erteilt, da die Regierung, einem vorher bekannt gegebenen Vorbehalt entsprechend, erst die Auswahl unter den Bestbietenden treffen will. Für die Pachtung, die bisher jährlich einen Pachtzins von nur 2000 M. brachte, wurden Gebote zwischen 8- und 45 000 M. abgegeben; die meisten schwankten zwischen 20- und 28 000 M. Die Bestbietenden blieben Gebrüder Hisinger mit 45 000 M., Otto, Direktor des Terminus-Hotels mit 40 000 M. und Joel (Karlshorst) mit 35 000 M.

Von einem Eisenbahnzuge überfahren und getödtet wurde gestern früh zwischen Nitzdorf und Treptow an der Cammer Chaussee ein unbekannter, etwa 40 Jahre alter Mann, welcher der Kleidung nach dem Arbeiterstande angehörte. Der Kopf wurde vollständig vom Rumpfe getrennt gefunden. Es liegt augenscheinlich Selbstmord vor, denn in den Taschen fand sich nichts von Geld oder Geldwerth.

Gerichts-Beifung.

Die Vorgänge in der Bodelschwings'schen Anstalt vor der Strafkammer Bielefeld. Aus den Verhandlungen am Montag sei noch folgendes erwähnt: Auf die an einen Epileptiker gerichtete Frage des Präsidenten, ob das Wasser in der Badewanne immer rein war, antwortete der sehr beschränkte Kranke unter stürmischer Beileerheit: Herr Präsident, das Wasser in der Wanne ist ja niemals rein! Es erscheint danach als Jenseit ein ehemaliger Pfleger, namens v. Lindequist. Dieser befindet: Er sei kein Trinker, sondern habe an einem nervösen Blasenleiden gelitten. Er sei zunächst in Saba gewesen und sei später nach Friedrichshütte gekommen. Er habe einmal fürchterliche Paroxysmen gehabt. Der Arzt habe ihm warme Umschläge verordnet. Der Bruder Heimbrud sei jedoch fortgegangen und habe ihm die warmen Umschläge nicht gemacht. Dieser habe sich überhaupt in keiner Weise um ihn bekümmert; dessentwegen hätte er ruhig verenden können. — Präsi.: Sie sollen mit dem Bruder Heimbrud verheiratet gewesen sein, weil dieser Sie eines Diebstahls bezichtigt hatte? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Eine eingehende Untersuchung hat ergeben, daß Sie unschuldig gewesen sei. — Zeuge: Ich habe mich vielfach darüber, aber stets ohne Erfolg bei dem Herrn Pastor Kublo beschwert. — Präsi.: Wie war denn der Rasse? — Zeuge: Den Rasse konnte man gewöhnlich nicht trinken, das war überhaupt kein Rasse. — Präsi.: Sind Sie der Meinung, daß lediglich Sie auf Veranlassung des Bruders Heimbrud solch's schreckliche und ungenügende Rasse erhielten? — Zeuge: Nein, diese Rasse wurde allen Kranken gereicht. — Präsi.: Waren Sie vielleicht an Wohlleben gewöhnt? — Zeuge: Nein. —

Präsi.: Was waren Sie, ehe Sie in die Anstalt kamen? — Zeuge: Supernumerar bei der Regierung zu Magdeburg. — Präsi.: Konnten Sie sich nicht kaufen? — Zeuge: Man bekam ja in die Anstalt kein Geld hinein. — Präsi.: Wie viel zahlten Sie Pension? — Zeuge: 1,50 M. pro Tag. — Sanitätsrath Dr. Guchzermeyer: Ich habe dem Zeugen bei seiner Entlassung das Zeugniß gegeben, daß er einen Hang zum Nichtstun und zum Wohlleben habe. — Auf Befragen des Präsidenten bemerkt der Zeuge, daß er in Magdeburg allerdings in verschiedenen Restaurationen geessen habe. Für Mittagbrot habe er gewöhnlich 55 Pfennige ausgegeben. In der letzten Zeit habe er sich in Privatpension begeben und dort 80 M. monatlich für vollständige Kost und Wohnung gezahlt. — Der Zeuge behauptet ferner, daß er in die Anstalt gelockt worden sei. — Präsi.: Was sind Sie jetzt? — Zeuge: Subdirektor einer Versicherungs-Gesellschaft in Bremen. — Verth. Justizrath Bod.: Ist es richtig, daß Sie wider Ihren Willen schwere Feldarbeiten verrichten mußten? — Zeuge: Jawohl, das geschah, als ich in Friedrichshütte war. Ich wurde nach Friedrichshütte gebracht, obwohl ich niemals Trinker war. Ich habe mich gegen die Feldarbeit gewehrt, wurde aber dazu gezwungen. — Staatsanwalt (mit sehr lauter Stimme): Wie können Sie behaupten, Sie seien in die Anstalt gelockt worden, wenn Sie selbst zugestehen müssen, daß es der dringende Wunsch Ihres Bruders und Ihrer ganzen Familie war, daß Sie in die Anstalt kamen? — Zeuge: Es ist ja möglich, daß von Agenten auf meine Familie eingewirkt wurde. — Angekl. Pafler: Ist es richtig, daß Ihnen in Saba einmal am Sonnabend eine Medizin verschrieben wurde, die Sie erst am Dienstag erhielten? — Zeuge: Jawohl! — Pafler: Wie kam das wohl? — Zeuge: Der betretene Bruder sagte, Herr Dr. Wäld hat es nicht so eilig gemacht. — Es tritt hierauf eine längere Mittagspause ein. — In Ergänzung des Berichtes vom Sonnabend ist noch nachzutragen: Pastor Hunnius (Niga) hat bei seiner kommissarischen Benennung folgendes angefaßt: Die Pastoren Siebold und v. Bodelschwing jr. haben ihn einmal bestellt, um ihm Vorhaltungen betreffs seiner Auslagen im Prozeß Bönil zu machen. Da er aber die Wahrheit gesagt hatte, habe er nichts zurücknehmen können. Er sei deshalb von Pastor Siebold thätlich angegriffen und zur Thür hinausgestoßen worden. Später habe er die Anstalt verlassen müssen. — Pastor Siebold bezeichnete diese Auslagen als unwahr, gab jedoch zu, den Pastor Hunnius aus dem Zimmer verweisen zu haben. — Auf Antrag des Staatsanwalts wird ein gerichtliches Attest verlesen, wonach Pastor Hunnius im Jahre 1895 entmündigt worden ist. — Nach Wiederbeginn der Sitzung erscheint als Zeuge Kassenbeamter Prange: Dieser bezeichnet die in der Proklama behaupteten Ordnungswidrigkeiten, daß Manos durch eine geheime Kasse gedeckt werden u. s. w. als unwahr. Pastor Kublo habe 1896 allerdings 500 M. ausgezahlt erhalten, ob dies zu einer Vadezeit war, bezw. ob Pastor Kublo seine Vadezeit unternommen habe, wisse er nicht. Er glaube, das Geld sei für das mehrfach erwähnte Vasanenbuch gewesen. — Angekl. Pafler: Es werden alljährlich Aufträge in den Zeitungen erlassen, in denen das Publikum um Weisung nachts geschauke für die Epileptiker gebeten wird. Im Jahre 1896 wurden 11 000 Mark für diese Epileptiker gesammelt. Sind diese Gelder sämtlich den Epileptikern zu gute gekommen? — Zeuge: Das kann ich nicht wissen. — Staatsanwalt: Woher wissen Sie, daß diese Gelder von den Geldgebern gerade für die Epileptiker bestimmt waren? — Pafler: Weil die Aufträge in den Zeitungen so lauteten. — Staatsanwalt: Zeitungen haben keine Beweiskraft. — Pafler: Wenn in Zeitungen ein Rufus mit der Bitte um Weihnachtsgeschenke für die Epileptiker erlassen wird, dann muß man doch annehmen, daß das Publikum, das dieser Bitte entspricht, das Geld für die Epileptiker giebt. — Präsi.: Wissen Sie nun, Herr Zeuge, ob diese Gelder auch für andere Zwecke verwendet wurden? — Zeuge: Nein. — v. Lindequist erzählt noch: Ein Graf von Westarp habe, obwohl dieser 75 M. Pension zahlte, ein sehr kleines, unzulänglichtes Zimmer und nicht einmal satt zu essen erhalten. — Präsi.: Sie wissen doch aber nur vom Hörensagen? — Zeuge: Nein, ich habe das Zimmer des Grafen Westarp selbst gesehen. — v. Lindequist erzählt noch: Er habe einmal 80 M. per Postanweisung erhalten. Die Küchenschwester habe über dies Geld quittirt und dasselbe in Empfang genommen. Die Küchenschwester habe das Geld an Bruder Heimbrud, letzterer wieder an Pastor Kublo gegeben; dieser habe das Geld an Heimbrud wieder zurückgegeben, insofern dessen habe er erst nach 14 Tagen das Geld erhalten. — Sanitätsrath Dr. Guchzermeyer: Es besteht in der Anstalt die Einrichtung, daß die Geldsummen nicht an die einzelnen Pfleglinge, sondern an die Hauswäter u. s. w. gegeben werden, weil anderenfalls zu große Weiterungen entstehen würden. — Pastor D. v. Bodelschwing bemerkt: Der Zeuge sei der Arbeit sehr abgeneigt gewesen. Man habe ihm in Friedrichshütte Arbeit zugewiesen, die ein Mädchen machen konnte. In Friedrichshütte befinden sich Leute aller Stände, selbst Offiziere, die alle arbeiten und mit der Rasse zufrieden seien. Daß das Essen vielleicht nicht immer ganz schwach war, sei möglich, daß es aber nicht genügend zu essen gab, sei unwahr. Auf Befragen des Justizraths Bod. befindet v. Lindequist noch, daß Pastor v. Bodelschwing jr. den Versuch gemacht habe, ihn zur Hölle in die Anstalt zu bewegen. — Auf Befragen des Präsidenten bemerkt v. Lindequist, daß dies geschehen sei, als er noch in der Anstalt war. — v. Lindequist befindet noch, daß er nicht in der Anstalt, wenn er sich meldete, in die ärztliche Sprechstunde vorgelassen wurde. — Präsi.: Das ist sehr erklärlich. Man mußte schon, daß Sie kein Klagen hatten. — Pfleger Kamloch erzählt: Er sei einmal, weil er sich an einer Schlägerei betheiligt habe, von dem Hausvater Engelmann in eine Zelle gesperrt worden. Er habe von morgens bis mittags in der Zelle gefessen. In der Zelle sei eine Matratze vorhanden gewesen. — Drei andere Pfleglinge sind nicht vernehmungsfähig. — Frau Steinbrück: Kaufmann Hebe habe ihr einmal erzählt, daß er von Pastor v. Bodelschwing jun. geprügelt worden sei. Sie habe deshalb dem Pastor v. Bodelschwing jun. Vorstellungen gemacht; daraufhin habe letzterer bemerkt: Solche Leute müssen gezüchtigt werden. — Kaufmann Hebe: Er sei einmal nachts gegen 12 Uhr nach Hause gekommen. Am folgenden Tage sei er von dem Pastor v. Bodelschwing jun. zur Rede gestellt, an die Thüre geklopft, mit der Faust gepackt und derartig geohrfeigt worden, daß er mehrere Tage heftige Kopfschmerzen hatte. Er habe einen ganz lahmen Arm, so daß er ganz wehrlos sei. — Pastor Bodelschwing jun. ableit die Züchtigung in und erklärt sein Verhalten damit, daß der Zeuge einen anderen Pflegling verführt habe, mit ihm in Bielefeld zu gehen. — Weitere Befragungen sind belanglos. Die Verhandlungen werden abends gegen 8 Uhr am Dienstag Vormittag 8 Uhr verlag.

Die deutsche Gerechtigkeit gegen Streifbrecher. Prägelnde Streifbrecher fanden am Dienstag vor der 130. Abtheilung des Schöffengerichts Berlin I. Im Juni d. J. hatte der Holzarbeiter-Verband über die Parkettbodenfabrik von Kampmeier wegen einer Lohnherabsetzung die Sperre verhängt. In den herabgesetzten Löhnen arbeiteten die Bodenleger Budwiz Vater und Sohn, Meyer und Poppe. Sie waren am 5. Juni in einer Schankwirthschaft in der Linden-Allee. Ruher ihnen befanden sich in dem Lokal unter anderen Personen auch einige Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes, sowie zwei Angehörige der damaligen Lohn-Lommission, darunter der Tischler Bled, welcher von den Angeklagten arg mißhandelt worden ist. Es wurde festgestellt, daß der junge Budwiz zuerst zu Thätlichkeiten gegen Bled vorging, indem er denselben vom Stuhl stieß. Dies scheint für seine Kampagne das Signal zum allgemeinen Angriff gewesen zu sein. Meyer, sowie die beiden Budwiz hieben mit Häuten auf den am Boden liegenden Bled ein, sodas derselbe blutete. Nachdem die Angreifer von anderen Gästen bewegt worden waren, von ihrem Opfer abzulassen und sich aus dem Lokal zu entfernen, lehrten sie bald darauf wieder

zurück und schlugen aufs neue auf Bled ein. Der Sohn des Angeschlagenen Meyer, welcher sich gleichfalls an der Prügelei betheiligt hat, und bei dieser Gelegenheit von Bled in den Finger gebissen wurde, ist schon in einem früheren Termin zu 6 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Die unmittelbare Ursache des Angriffs auf Bled ist nicht sicher ermittelt worden. Es scheint, daß ein Wortwechsel zwischen Bled und Meyer dem Streik vorangegangen ist. In dem Augenblick, als der junge Budwiz den Bled angriff, hat Bled seinen Gegner — wie durch untheilbare Zeugen bezeugt wurde — in keiner Weise gereizt. Als mittelbare Ursache des Streikes nahm das Gericht an, daß wegen der Sperre über die Firma Kampmeier eine Gereiztheit zwischen den arbeitenden Angeklagten und den anderen, die ein Interesse daran hatten, daß nicht zu den herabgesetzten Löhnen gearbeitet werde, bestanden habe. Eine Belästigung oder sonst irgend ein feindseliges Vorgehen der Tischler gegen die arbeitenden Bodenleger wurde nicht festgestellt. Das Gericht sprach den Angeklagten Poppe, von dem nicht erwiesen werden konnte, daß er geschlagen habe, frei, und erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß gegen den jungen Budwiz, der zur Zeit der That noch nicht 18 Jahre alt war, auf einen Verweis, gegen Meyer und Budwiz senior auf eine Geldstrafe von je sechs Mark. Mit Rücksicht auf die gegenseitige Gereiztheit, die zwischen beiden Parteien geherrscht habe, sind den Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt worden. — Die große Milde dieses Urtheils fällt ganz besonders auf, wenn man damit die zahlreichen, meist recht strengen Verurtheilungen vergleicht, welche gegen solche Arbeiter erlassen worden sind, die als Streikende gegen Arbeitswille nur tadelnde Worte gebraucht haben, oder dieselben sonst durch harmlose Handlungen, die unter den berühmten Paragrafen vom groben Unfug gebracht werden konnten, „belästigt“ haben.

Nochmals die Markthallenfrage vor dem Kammergericht.

In einer eigenthümlichen Zwangslage befand sich der Strafsenat des Kammergerichts in seiner letzten Sitzung. Wie wir kürzlich berichteten, hat das Kammergericht seinen früheren Standpunkt, daß Gastwirth die Markthallen nicht betreten dürfen, um den Standinhabern von ihnen bestellte Getränke oder Schwaaren zu überbringen, am 4. November aufgegeben. Jetzt ist nun zum zweiten Male ein Strafverfahren in die Revisionsinstanz gelangt, welches das Kammergericht bei der ersten Revisionsverhandlung im Sinne jenes inzwischen aufgegebenen Standpunktes erledigt hatte. Das Gericht nahm damals an, der Angeklagte hätte, entgegen dem Verbot der Markthallenbeamten, die Zentralhalle nicht mit Getränken zc. betreten dürfen. Es sei § 12 der Verordnung vom 14. März 1896 angewandt, wonach das Betreten der Markthalle nur zu Marktzwecken gestattet sei, auch habe sich Nagel gegen den § 123 des Strafgesetzbuches vergangen. Dieser Paragraph handelt den Hausfriedensbruch. Die Angelegenheit wurde in die Vorinstanz zurückgewiesen, die nun gezwungen war, ihr Urtheil auf den Rechtsgrundlagen des Kammergerichts aufzubauen. Das geschah denn auch, worauf N. von neuem Revision einlegte. Er berief sich unter anderem auf die Sinnänderung, die das Kammergericht mittlerweile durchgemacht hat. Der Oberstaatsanwalt meinte, die Revision dürfe trotz der Nennung in den grundlegenden Rechtsanschauungen keinen Erfolg haben, denn der Vorderrichter sei an den damals gefällten Rechtspruch des Kammergerichts gebunden gewesen. Der Strafsenat fand aber schließlich doch noch einen Ausweg. Er sprach Nagel unter folgender Begründung frei: Allerdings sei der Vorderrichter an die Rechtsgrundlagen des früheren Urtheils gebunden gewesen, und es hätte die Revision zurückgewiesen werden müssen, wenn nur jene Rechtsgrundlagen jetzt angefochten wären. Die Vorentscheidung sei aber wegen eines anderen Mangels nicht haltbar. Der § 123 des Strafgesetzbuches sei richterlich angewandt worden. Er bedrohe mit Strafe, wer widerrechtlich in geschlossene Räume, die zum öffentlichen Dienste bestimmt seien, eindringe. Von einem widerrechtlich in diese Räume eingedrungenen könne hier nicht die Rede sein. Nach den thätlichen Feststellungen sei Nagel bestraft worden, weil er die Markthalle mit Getränken für die Standinhaber betreten habe, obwohl ihm an einem anderen Tage von den Hallenbeamten verboten worden sei, jemals die Halle wieder zu dem fraglichen Zwecke aufzusuchen. Die Beamten hätten nun aber nur die Befugnis, die Ordnung in der Markthalle aufrechtzuerhalten; allgemeine Verbote dürften sie nicht erlassen, nur in jedem einzelnen Falle könnten sie eingreifen. Darum sei N. nicht widerrechtlich in die Halle eingedrungen.

Eine bodenlose Gemeinheit. Trotz der großen Reichhaltigkeit unserer Sprache, fehlt es bisweilen doch an geeigneten Worten, um irgend ein Vorkommniß, irgend eine Handlungsweise gebührend zu bezeichnen. Wenn man das, was der Schneidermeister Wilhelm Karzbach in Gießen gethan hat, würdigt, wird man die Mächtigkeit dieser Behauptung geben müssen. Man urtheile selbst: Karzbach wohnt in demselben Hause wie die Familie K. und kennt auch deren Tochter. Angeblich, weil er von der Familie K. gezögert worden ist, geht er sich hin und schreibt an fünf ständische Korporationen je einen Brief gleichen Inhalts mit folgendem Wortlaut: „Da ich willens bin, Herrenbesuche anzunehmen, bitte ich mich zu beehren. Ich bin nicht unter Kontrolle und bin nett und höflich.“ Dann folgte der volle Name und die volle Adresse des jungen Mädchens als Unterschrift. Nicht charakteristisch für gewisse Kreise ist der Umstand, daß Fr. K. aus Anlaß dieser Briefe theils schriftlich, theils persönlich durch verschiedene mündliche Personen belästigt worden ist. Das Landgericht Gießen hat am 5. Oktober den Karzbach wegen Verleumdung des Fr. K. zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt. Es wurde festgestellt, daß Fr. K. keine Abnung von dem bodenlosen Streiche hatte, den der Angeklagte gegen sie geführt hatte. Die Revision des Angeklagten wurde gestern vom Reichsgericht verworfen.

Ein verurtheilter Arzt. Das Schöffengericht J. h. o. verurtheilte den protestanten Arzt Dr. Brunsing hiesig wegen Verletzung seiner Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde: Am 17. Juli begab sich eine Frau zu dem Angeklagten und bat um Ausstellung eines Todtenscheines für ihr verstorbenen Kind, das nicht in ärztlicher Behandlung gewesen war. Der Angeklagte fragte sie, ob sie Geld habe. Die Frau legte zwei Mark auf den Tisch. Darauf notirte der Arzt Verschiedenes, schlug in Büchern nach und erklärte endlich, nachdem er die zwei Mark eingesehen hatte, einen Todtenschein könne er nicht ausstellen, denselben könne sie nur auf dem Rathhaus erhalten. Daraufhin verlangte die Frau das Geld zurück, weil sie es für Ausstellung eines Todtenscheines ausgegeben habe. Der Angeklagte hat sie darauf zur Thür hinausgeschoben. In einem anderen Falle hat der Arzt es ebenso gemacht. In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, das Geld sei für die Unterredung gewesen, die er den Frauen gewährt habe. Er hätte die Unterredung als ärztliche Konsultation aufgefaßt und sich für berechtigt gehalten, das Geld dafür zu nehmen. Das Gericht sagte die Sache aber anders auf und fand in der Handlung des Angeklagten die Merkmale des Betrugs. Mit Rücksicht auf die Vertrauensstellung, die er als Arzt genießt, erkannte das Gericht auf die oben erwähnte Strafe. Der Angeklagte hat gegen das Urtheil Berufung eingelegt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt.
Nr. 2. Pfandstrafe. Genosse Liecht befindet sich gegenwärtig im Auslieferungsbüro Charlottenburg und nicht im Reichstag.

Wetter-Prognose für Mittwoch, 15. Dezember 1897.
Mils, jedoch vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

DAMENKLEIDERSTOFFE

In überraschend grosser
Auswahl
bei **S. Weissenberg,**
Grosse Frankfurterstr. 125.

Jeder Art gut und billig kaufen Sie wirklich am vorthellhaftesten

Berandhaus
von
Kaffee und
Kaffeeurrogaten.

Deutsche Kaffee-Rösterei von A. Pennitz, Berlin C., Rosenthalerstr. 59.

Der Preisliste des Kaffeehandels entsprechend empfehle naturrein geröstete, gut
schmeckende **Kaffees** pr. Pfd. **70, 80, 90 u. 100 Pfg.**

Reine seit Jahren
so beliebte **Deutsche Kaffee-Mischung** a Pfd. **40 Pfg.**
gibt von 1 Lot 2 Liter vorzügliches Kaffeegetränk.

Berandhaus
von
Kaffee und
Kaffeeurrogaten.

August Schulze
94/95 Alte Jakobstraße 94/95
nahe der Seydelstraße,
Grosse Auswahl in
Trauringe: = Goldwaaren, Uhren, = Trauringe:
2 Dukaten 21 M. Alfenide etc. Billigste Preise. 2 Dukaten 21 M.

Möbel-Tischlerei und Lager
compl. Wohnungs-Einrichtungen
empfehle in jeder Holz- und Stilart, vom einfachen bis zu dem
eleganteren, zu den billigsten Fabrikpreisen
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
zu erreichen mit allen Pferdebahnhöfen nach dem Potsdamer Thor. [23579]

Empfehle zum Weihnachtsfest
mein grosses Lager in
Uhren, Juwelen, Gold- u. Silberwaaren
Alfenide, Bestecke, gute Fabrikate
zu anerkannt billigen Preisen
Juweller. H. Zimmermann, Uhrmacher.
206. Oranien-Strasse 206.
nahe Manteuffelstr.
Eigene Reparatur-Werkstatt im Hause.

Grösstes Lager Deutschlands
von
Spiel-Waaren
Spezialitäten:
Steinbaukasten, Zinnsoldaten.
Bernhard Keilich,
Grosse Hamburgerstr. 22-23, Eckhaus der Oranienburger Strasse,
beim Hombjoulplatz und
Hackeschen Markt, Bahnhof Börse.

Paul Baade,
Wilsnackerstr. 57 (Ecke Dreysesstrasse).
Kleiderstoffe,
einzelne Roben und Reste von 2-8 Metern
enorm billig.
Teppiche, Gardinen, Portiären, Steppdecken, Felle, Reise-
decken, Läuferstoffe, Wäsche, Schürzen, Jupons.

Gegr. 1874.
Uhren- und Goldwaarenfabrik C. Lübeck, Goldschmied, Berlin SO., Skautzerstr. 135.
Empfehle mein reichhalt. Lager in:
Gold, Silber u. Alfenidewaaren, Uhren,
Brisen u. Binocles, Bild. Herren-
Remont.-Uhr 9.50 M., Herren-
Remont.-Uhr (Nicht) nur 5 M.,
8 far. Damen-Remont.-Uhr 19.25.
Prima Weder-Uhren v. 2 M. an.
Günstig. Waren unter schriftl.
Garantie. - Umtausch gestattet. -
Illust. Preisliste über Uhren,
Gold- u. Alfenidewaaren, Brisen und
Binocles gratis u. franco.

Vorthellhafteste Bezugsquelle. Beste Fabrikate.
Uhren- und Goldwaaren-Fabrik
von **Reinhold Wankel,**
Brunnenstr. 163,
zwischen Anklamer- und Invaliden-Strasse.
Antimagnetische Uhren in Gold u. Silber.
Ringe, Armbänder, Brosche, Ohrringe.
Trauringe per Dukaten 10.50 M.
Ketten in Gold (nach Gewicht)
Golddouble u. Silber.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.

Die altbekannte
und früher 20 Jahre
Braunstrasse
a. Rosenthalerthor.
Goldwaaren-Trauring-Fabrik
von
Carl Lützwow, Goldschmiedemstr.
befindet sich jetzt
20/21 Rosenthaler-Strasse
nahe der Gipsstrasse.
Die bekannt, streng reelle und billige Bedienung.
Reichhaltige Auswahl. Reparaturen gut und billig.
!! Vorzeiger dieser Annonce erhält 5 pCt. Rabatt!!
Passende Weihnachtsgeschenke.

Die Weihnachts-Preisliste wird kostenfrei zugesandt. **Mittwoch, Donnerstag, Freitag** **Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. 132-33.**

Elsasser Cretonne, Stück v. 20 Mtr. **7,50 Mk.**
Wäschetuch, Leinenappretur, Stück von 20 Mtr. **8 u. 9 Mk.**
Bettsatin und Damast,
Kissen-Mtr. **50 u. 70 Pf.** Deckbett-Breite Mtr. **80 Pf. u. 1,10 Mk.**
Hausmacher-Halbleinen,
Stück von 20 Mtr. **12 Mk.,** Lakenbreite Mtr. **1,25 Mk.**
Wischtücher, Dtz. **2,90 u. 4,20 Mk.**
Jacquard-Servietten, Dtz. **6 Mk.**
Damast-Servietten, Dtz. **9 Mk.**
Tischtücher **2, 2,60, 4,20 Mk.**

Velour-Teppiche
Grösse ca. 130/200 165/265 200/295 cm.
13,50 23,50 36 Mk.

Herren-Schlafröcke
mit Tuch- mit 14 m. Plüsch- Fantasie-
besatz **11,50** Schnur **14** u. Schnur **21,50** Stoff **27** Mk.
Herren-Joppen, gefüttert, **7,50 11,50 16 Mk.**

Schuhwaren
Damen-Filzschuhe **1,20 Mk.**
" " mit Filz- u. Ledersohle **1,60 u. 2 Mk.**
Kinder-Filzschuhe **70 u. 85 Pf.**
Damen-Meltonschuhe, Ledersohle und Absatz **2,15 Mk.**
" **Lastingschuhe** **1,90 Mk.**
Kinder-Gummischuhe
1,40 u. 1,05 Mk.
Damen-Gummischuhe
1,80, 2,70, 3,20 Mk.
Herren-Gummischuhe
3,50, 3,85, 4,35 Mk.

Damenstrümpfe
gestrickt, **70** Pf. u. **1** Mk.
schwarz
Herren-Socken, gestrickt, **40 u. 65** Pf.
mollert
Damenröcke, Vigogne gestrickt **1,20** Mk.

Gefärbte Ziegenfelle, gefüttert,
Grösse ca. 50/80 60/100 75/120 75/175
2,30 4,50 5,75 7,50 Mk.
Imitierte Angora-Felle, gefüttert,
Grösse ca. 40/70 50/80 60/85 70/100 cm.
1,50 2,25 3,40 5 Mk.
Bett-Vorleger, Tapestry **2,50** Velour, **3,25**
und **4,75 Mk.**
Tischdecken **2,25 3, 4,50 5,75 Mk.**
Plättdecken, Grösse ca. 100/150
1 u. 1,50

Regenschirme
Damen-Schirme Gloria mit Futteral und Schleife **2,80** Mk.
Halbseide mit Futteral **4,90** Mk.
Seide mit Futteral **6,25** Mk.
Herren-Schirme Gloria mit Futteral **2,80** Mk.
Halbseide mit Futteral **4,90** Mk.
Seide mit eleganten Naturstöcken **6,50** Mk.
Kinder-Schirme, Gloria, **1,90** Mk.

Unsere Warenhäuser sind am Sonntag, den 19. Dezbr., von 12 $\frac{1}{2}$ bis 8 $\frac{1}{2}$ Uhr geöffnet.

Warenhaus A. Wertheim